Montag, den 11. Januar 1926. Einzelnummer 10 Goldpfennige 37. Jahrgang. — Nr. 3

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend"

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr. 5, durch die Zweigstelle, Zigarrengeschäft Reichelt Matthiasstraße 149, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,40 Goldmark, monatlich 1.70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,08 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206. Redaktion Ring 3142.
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 3552.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 20 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Die nochmalige Koalitionsfrage

Der entscheidende Parteitag der französischen Sozialisten.

Paris, 10. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der außerordentliche Parteitag der Sozialistischen Partei trat am Sonntag in Belleville-Paris im Saal Jean Jaures zusammen. Die politische Bedeutung und Tragweite, die der Entscheidung des Kongresses für die gesamte innerpolitische Entwicklung Frankreichs zukommt, findet nach außen ihren Niederschlag in der die Teilnehmerziffer früherer Parteitage weit übertreffenden Zahl der Delegierten aus allen Teilen des Landes, dem außerordentlich starken Andrang der Parteimitglieder zu den Tribünen und vor allem auch in dem ungewöhnlich starken Interesse, das die Presse des In- und Auslandes den Beratungen entgegenbringt. Die in der vergangenen Woche in den Delegiertenversammlungen der einzelnen Bezirke gefallenen Entscheidungen geben bereits ein verhältnismäßig klares Bild der Mehrheitsverhältnisse. Trotz des starken Gewinns, den die in erster Linie von Paul Boncour und Renaudel vertretene Empfehlung der Beteiligung an einer bürgerlichen Regierung zu verzeichnen hat, verfügen deren Gegner doch über eine Mehrheit von rund 300 Stimmen.

Die erste Sitzung des Parteitages, der vom Generalsekretär der Partei, Faure, eröffnet wurde, fand unter dem Vorsitz des Genossen Osmin, des Sekretärs des Seinebezirks, statt. In einer einleitenden Geschäftsordnungsdebatte wurde beschlossen, die Aussprache bis spätestens Montag abend 6 Uhr zu Ende zu führen.

Der erste Redner war der Sekretär des Departements Tarn, des alten Wahlkreises von Jean Jaurès, Genosse Fieu. Er weist darauf hin, daß die Wähler von Jaurès sich auch diesmal wieder einstimmig zugunsten der Regierungsbeteiligung ausgesprochen hätten in der Ueberzeugung, daß sie das einzig wirksame Mittel zur Bekämpfung der Reaktion sei. Ihre Ablehnung würde als Ausgang der Regierungskrise ein Kabinett der Mitte und damit die Uebergabe der Macht an die Rechte zur unausbleiblichen Folge haben. Die Arbeiterschaft von Tarn, die schwer unter unter den Verfolgungen der Reaktion gelitten habe, wolle unter keinen Umständen die Rückkehr zu den Verhältnissen einer glücklich überwundenen Periode der unumschränkten Herrschaft des Kapitals. Der französische Sozialismus, der eine Partei der revolutionären Reform sei, dürfe unter keinen Umständen die Republik um der Doktrin willen preisgeben.

Der nächste Redner ist Compère Morel. Er polemisiert einleitend gegen die bisherige Politik der Partei. Das Linkskartell sei lediglich ein für die Wahl geschlossenes Bündnis gewesen. Heute handle es sich darum, das Kartell durch eine noch stärkere Bindung zwischen den Sozialisten und den Parteien der bürgerlichen Demokratie zu ersetzen. Von diesen trenne aber die Sozialistische Partei eine Weltanschauung. Wenn die Sozialistische Partei auf den Kampf gegen das Kapital, der ihre Hauptaufgabe im Parlament sein müsse, verzichte, dann verleugne sie sich selbst und ihre grundlegenden Prinzipien. Ein Zwischenruf des Genossen Moranges, ob Compère-Morel diese Auffassung auch damals gehabt habe, als er selbst in der Eigenschaft eines Oberkommissars für die Landwirtschaft dem Kabinett Clémenceau angehört habe, ruft eine lebhafte persönliche Auseinandersetzung hervor, in die auch Renaudel eingreift. Compère-Morel fährt fort: Wenn es auch nicht schwer sei, sich auf ein gemeinsames Programm mit den Radikalen zu einigen, so sei es doch unmöglich, ein solches Programm mit ihnen zur Durchführung zu bringen. Die Folge wäre daß in einem gemischten Kabinett die Sozialisten rettungslos in der Minderheit wären und über keinerlei Mittel verfügten, um ihre Forderungen durchzusetzen. Wenn die Radikale Partei aufs neue die Regierung übernehmen wolle, so könne sie der einmütigen Unterstützung der Sozialisten sicher sein, solange sie eine wirklich demokratische Politik mache. Auf der anderen Seite habe die Sozialistische Partei keinen Zweifel an ihrer Bereitschaft gelassen, allein die Verantwortung zu übernehmen, sei es in einem rein sozialistischen Kabinett oder in einem Ministerium mit sozialistischer Mehrheit.

Die nochmalige Einladung des Zentrums zur Koalition.

Der Reichsparteivorstand des Zentrums und die Fraktionsvorstände dieser Partei im Reichstag und in Preußen beschäftigten sich am Sonntag mit der politischen Lage. Die Verhandlungen dauerten, abgesehen von einer kurzen Unterbrechung, von vormittags 11 Uhr bis in die neunte Abendstunde. Der Verlauf wird in einem parteiamtlichen Kommuniqué wiedergegeben, in dem es heißt:

„In den Berichten aus allen Landesteilen, insbesondere des Westens, fand die ungeheure, von Tag zu Tag sich steigernde wirtschaftliche Not weitester Volksschichten einen erschütternden Ausdruck. Daraus zog die Versammlung die Folgerung, daß zur Ueberwindung dieser Notlage nur eine Regierung auf breitester Grundlage berufen sein kann. Das ist die Große Koalition! Der Verantwortung zur Teilnahme an einer solchen Regierung könne sich keine Partei entziehen, der es ernst ist mit der Fortführung einer zielsicheren, friedlichen Außenpolitik und der Aufrechterhaltung unserer Verfassung, der Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Linderung der sozialen Notstände. Unverantwortlich wäre es und für eine Verfassungspartei unerträglich, in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise noch eine Staatskrise (!) heraufzubeschwören. Sie (!) würde zur völligen Verelendung unseres Volkes, insbesondere der Arbeitermassen, führen. Die Versammlung erwartet daher von der Zentrumsfraktion des Reichstages, daß sie alle Entschlossenheit und alle politischen Mittel aufbietet, um eine solche Entwicklung zu verhindern."

Wie der „Soz. Pressedienst" hierzu erfährt, wurden die Zentrumsführer Marx und Fehrenbach beauftragt, der Sozialdemokratischen Fraktion am Montag vormittag von der Auffassung ihrer Parteiinstanzen offiziell Kenntnis zu geben und das parteiamtliche Kommuniqué entsprechend zu erläutern. Eine endgültige Entscheidung über die Haltung der Zentrumsfraktion für den Fall, daß die Große Koalition scheitern sollte, wurde nicht getroffen. In der Debatte soll aber von der Mehrheit der Redner die Auffassung zum Ausdruck gebracht worden sein, daß im Falle einer Ablehnung der Großen Koalition durch die Sozialdemokratie eine „direkte" Beteiligung des Zentrums an der kommenden Regierung nicht in Frage käme. Angeblich nur von einer Minderheit wurde die Bildung einer Regierung unter Zentrumsführung mit Anschluß nach links gefordert.

* * *

Merkwürdigerweise geht die Entschließung des Zentrums mit keinem Wort auf die Gründe ein, die die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion zur Ablehnung der Großen Koalition veranlaßten, nämlich auf die abgelehnten Forderungen für den Inhalt der künftigen Regierungspolitik. Gewisse Kreise im Zentrum und der Demokratischen Partei scheinen sich tatsächlich naiverweise einzubilden: wenn ihre Presse eine Weile drohend von „Krise des Parlamentarismus" oder gar „Staatskrise" spreche, werde die Sozialdemokratie plötzlich auch Angst vor dem so zerrütteten deutschen Putschismus bekommen, werde ihre Tagesforderungen verlegen wieder zurückziehen und die Republik dadurch „retten", daß sie mithilft, — sie durch unsoziale Regierungspolitik bei den Massen in Verruf zu bringen. Diese Zumutung ist eigentlich geradezu beleidigend. Mit Ausnahme einer Funktionärversammlung in Cassel und der kleineren Ortsgruppe Karlsruhe, die in bürgerlichen Meldungen fälschlicherweise gleich mit der ganzen Landesorganisation Baden gleichgesetzt wird, hat sich auch noch keine sozialdemokratische Organisation im ganzen Reiche für eine Aenderung der Taktik unserer Partei ausgesprochen. Dagegen müssen die bürgerlich-republikanischen Blätter kummervoll feststellen, daß z. B. ein neuer Beschluß unseres Parteivereins Groß-Stuttgart gegen die Koalition gerade von den Führern des dortigen Reichsbanners und anderer gemeinsamer republikanischen Organisationen empfohlen wurde. Uns scheint das ganz in der Ordnung, da ein sachliches Nachgeben der größten republikanischen Partei in den wirtschaftlichen und sozialen Fragen die die Massen vor allem bewegen, zugleich auch ein schwerer Schade für die Republik wäre.

Zu den Kreditwünschen der oberschlesischen Eisenindustrie

wird von sachkundiger Seite darauf hingewiesen, daß es sich hauptsächlich um die Forderung nach Erlaß hoher Schulden bei der Preußischen Staatsbank (Seehandlung) handelt. Insgesamt sollen diese Seehandlungs-Kredite nicht weniger als 46 Millionen Mark betragen.

Die ungünstige Lage der oberschlesischen Eisenindustrie infolge des deutsch-polnischen Zollkrieges und des geringen Entgegenkommens der Reichsbahn soll nicht bestritten werden. Die Last dieser Konjunktur auf die Schultern der Steuerzahler zu übernehmen, muß aber energisch abgelehnt werden. Kreditstundung und vernünftigere Handels- und Tarifpolitik erscheinen auch volkswirtschaftlich viel größere Sicherung für wirksame Abhilfe zu bieten, soweit sie nicht nur Profitinteressen, sondern auch den in der Eisenindustrie beschäftigten Arbeiter dienen soll.

Die Stillegungsdrohungen der Eisenindustriellen nehmen wir nicht ernst. Angesichts ihrer Verschuldung wäre unseres Erachtens jede solche Drohung mit dem Antrag der interessierten Verwaltungsstellen auf Geschäftsaufsicht zu beantworten. In der Preußag, der preußischen Staatsverwaltungs-A.-G. würde sich zum Beispiel für die Fortführung der Betriebe eine gegebene Instanz bieten.

Arbeitsbeginn im Preußischen Landtag.

Aus dem Landtag wird uns geschrieben:

Der Preußische Landtag tritt nach der Weihnachtspause am 12. Januar von neuem zusammen. Er findet außer dem Etat für 1926 eine Anzahl von Vorlagen und Anträgen zur Beratung vor, die von erheblichem Interesse sind. Darunter befindet sich unter anderen die Vorlage über die Gebäudeentschuldungssteuer, bisher als Hauszinssteuer bezeichnet, die in dem durch das Reichsgesetz vorgeschriebenen Rahmen den Geldentwertungsausgleich bei bebauten Grundstücken neu regeln soll. Für Schlesien von besonderer Bedeutung ist ferner die Vorlage über die Trennung der schlesischen Provinzen, die bekanntlich den Staatsrat bereits passiert hat und nunmehr an den Landtag kommen wird, ferner das Gesetz über die Neufestsetzung der Kommunalgrenzen in Oberschlesien; dieses befindet sich zwar noch im Stadium der Vorbereitung durch die Ministerialinstanz. Seine Einbringung und Erledigung sollte aber nunmehr gleichfalls beschleunigt werden, da der Fragenkomplex sachlich geklärt ist, und der erbitterte Kampf der Interessenten vor und hinter den Kulissen durch Fällung einer einwandfreien Entscheidung im Interesse des kommunalen Lebens endlich ein Ende haben muß.

Wenn dieser Landtag bereits auf die Lebensdauer eines Jahres zurückblicken darf, so hat er damit ein Alter erreicht, das ihm bei seiner Zusammensetzung nicht nur berufsmäßige Pessimisten, sondern auch manche objektiv abwägenden erfahrenen Parlamentarier nicht prophezeien zu dürfen glaubten. Daß er arbeitsunfähig wurde, lag weniger an der Stärke der regierenden Weimarer Koalition, die die Probe einer starken Geschlossenheit und eines entschiedenen Willens zur Führung der Regierungsgeschäfte — wenn auch keineswegs einer inneren Einigkeit in der Beurteilung und Verfolgung großer politischer Ziele — bewiesen hat, sondern vor allem in der inneren Schwäche, Uneinigkeit und Zersplitterung der Opposition. Wie kläglich die Deutsche Volkspartei in Preußen versagt hat, ist noch in frischer Erinnerung. Die Regierungsparteien — vor allem auch deren rechter Flügel — sollten es sich dreimal überlegen, ehe sie der volksparteilichen Fraktion aus ihrer glänzenden Isolierung gegen rechts — durch Locarno und gegen links — durch ihre Innen- und Wirtschaftspolitik den Weg zum Wiedereintritt in die preußische Regierung bahnen und ihr dadurch zu neuem Einfluß verhelfen. Nicht minder kläglich als die Taktik der Volksparteiler ist die der Kommunisten zusammengebrochen. Gerade ein Jahr ist es her, daß sie, im Fahrwasser der Reaktion, die Regierung Braun-Severing stürzten und auf dem Platz des preußischen Ministerpräsidenten einen Kranz mit schwarzer Schleife spöttisch niederlegten. Ein Vierteljahr später war ihnen bei der Musterung der auf ihren Reichspräsidenten-Kandidaten Thälmann entfallenden Stimmen die Lust zu Späßen vergangen und ihre „Unentwegtheit" dahin; sie haben es seitdem ängstlich vermieden, ihre Stimmen für einen Vorstoß der Rechten gegen die preußische Regierung zur Verfügung zu stellen und eine Taktik befolgt, die sie der Sozialdemokratie in gleicher taktischer Lage, nämlich bei einer gelegentlichen Unterstützung der gemäßigten Mitte zur Verhütung einer Regierung der schärfsten Reaktion, oft genug zum Vorwurf gemacht hatten. Die kommunistische Presse würde sich im Interesse der politischen Ehrlichkeit ein Verdienst erwerben, wenn sie einmal die Abstimmungen der kommunistischen Landtagsfraktion seit dem letzten Sommer zusammenstellen würde. Einige Beispiele: das von der Rechten beantragte Mißtrauensvotum gegen Genossen Severing fällt, weil es von den Kommunisten nicht unterstützt wird, für die Severing in ihrer Agitation bekanntlich die Rolle des schwarzen Mannes spielt; der ehrabschneiderische Antrag der Deutschnationalen, der das Verhalten des Genossen Heilmann in der Staatsbankangelegenheit entstellt, wird abgelehnt — die Kommunisten, daneben auch einige anständige Volksparteiler enthalten sich der Stimme; der Antrag der Volksparteiler, die fristlose Entlassung des Intendanten der Staatsoper in Berlin zurückzuziehen, wird von den Regierungsparteien abgelehnt, — desgleichen von den Kommunisten, die wiederum den Ausschlag geben und damit eine Gelegenheit, die Stellung des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung unhaltbar zu machen, vorüberlassen; der Gesetzentwurf über die Abänderung des Grundvermögenssteuergesetzes bekommt außer den Stimmen der Regierungsparteien die der Kommunisten; in der Frage der einheitlichen Stimmabgabe der preußischen Regierungs- und Provinzialstimmen im Reichsrat, in der wir zusammen mit den Demokraten und der Volkspartei gegen die Deutschnationalen und das Zentrum stehen, stimmen die Kommunisten in namentlicher Abstimmung gleichfalls mit uns. Diese Liste ließe sich noch beliebig erweitern, ohne daß das Resultat sich ändern würde.

Natürlich ist die jetzige Stärke der preußischen Regierung bei ihrer Abhängigkeit von so unsicheren Faktoren nicht schrankenlos. Mögliche Krisen werden freilich nicht etwa dadurch eintreten, daß das Landtagszentrum im Verbleiben in der regierenden Preußenkoalition trotz der Bereitwilligkeit der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Großen Koalition im Reiche abhanden kommt. Denn mit dieser Drohung wiederholt gespielt worden ist

macht sie deswegen nicht fürchterlicher, die Zentrumsfraktion des Landtags wird viel zu klug geleitet, als daß sie sich in derartig gefährliche Manöver hineinziehen ließe. Das Zentrum würde in Verfolgung solcher Taktik höchstens das eine erreichen können: daß es sowohl im Reiche wie in Preußen sich plötzlich gezwungen sieht, als linke Flügelgruppe eines Bürgerblocks zu regieren. Das wäre für das Zentrum geradezu ein parteipolitisches Verhängnis, dem zu entgehen es mit allen Mitteln bestrebt sein und das es bestimmt nicht selbst herbeiführen helfen wird.

Die nächsten politischen Kämpfe im Preußischen Landtag dürften um das Schicksal der bereits erwähnten Gebäudeentschuldungssteuer gehen. Der preußische Finanzminister, der durch die Gestaltung des Finanzausgleichs durch die bürgerliche Reichsregierung in schwieriger Lage ist, hat eine Verwendung der aus ihr fließenden Mittel vorgesehen, bei der der überwiegende Teil für Verwaltungszwecke bestimmt ist, während der Betrag für Neubauzwecke sogar noch um einige Millionen geringer sein würde, als die im Jahre 1925 hierfür zur Verfügung gestellten, völlig unzureichenden Summen. Diese Regelung ist für die Sozialdemokratie nicht annehmbar. Wir können zwar unsere grundsätzliche Auffassung, nach der Mittel aus der Hauszinssteuer nur für Neubauzwecke Verwendung finden sollen, nicht durchsetzen, da nach den bindenden Vorschriften des Reichsgesetzes von der für den 1. April dieses Jahres vorgeschriebenen vollen Friedensmiete 20 bis 30 Prozent für allgemeine Verwaltungszwecke, 15 bis 20 Prozent für Neubauzwecke Verwendung finden müssen. Wohl aber können wir unseren Einfluß dahin geltend machen, daß der Beitrag für Verwaltungszwecke an der unteren, der für Neubauzwecke an der oberen Grenze der reichsgesetzlich zugelassenen Spanne bleibt. Damit dienen wir auch der Wiederbelebung der Wirtschaft, die bekanntlich in weitem Umfange gerade aus einer stärkeren Konjunktur am Baumarkt Nutzen zieht. Soweit aber durch eine solche Regelung Schwierigkeiten in der Deckung von Fehlbeträgen im Etat entstehen, sollte sich der Landtag ernsthafte Ersparnismaßnahmen angelegen sein lassen. Vorschläge hierfür sind wiederholt u. a. auch in der „Volkswacht" gemacht worden, die ernsthafter Prüfung wert sind. Sie sind in den Ländern schwerer durchzuführen als anderswo, weil durch die Eigenart der ihnen zugewiesenen Aufgaben ihre Etats stärker mit Personalausgaben belastet sind als dies zum Beispiel im Reich der Fall ist. Trotzdem muß eine sorgfältige Durchleuchtung des Etats nach dieser Richtung hin erfolgen.

Trotz einiger, infolge der Neubildung der Reichsregierung auch für Preußen bevorstehender unruhiger Tage ist diesmal mit der Erledigung des Etats in der ersten Hälfte des Jahres zu rechnen; damit würde endlich der unerfreuliche Zustand ein Ende haben, der noch im Jahre 1925 bestand, für das der Etat erst unmittelbar vor Weihnachten erledigt worden ist. —e.—

6000 Mark Belohnung für Fememorde der Schwarzen Reichswehr.

Am Montag kleben an den Säulen einer Reihe von Städten im Reiche Plakate der Berliner politischen Polizei, auf denen 6000 Mark Belohnung für die Aufklärung von Fememorden der Schwarzen Reichswehr ausgesetzt werden. Es handelt sich

1. um den Fall des Wachtmeisters Legner, der im März 1923 auf dem Truppenübungsplatz Döberitz ermordet und vergraben wurde;

2. um den Fall des ehemaligen Feldwebels Wilms, der im Juli 1923 mit zwei Schußverletzungen aus der Havel gelandet wurde und

3. um den Fall des im September 1923 im Kesselbruch des Döberitzer Waffenübungsplatzes mit zwei Schußverletzungen aufgefundenen Leutnants der Reserve Sand. In allen Fällen kommen Angehörige des damals bei der Reichswehr bestehenden „Arbeitskommandos" der „Schwarzen Reichswehr" als Täter in Frage. Als Täter, Mittäter oder Mitwisser dieser Verbrechen sind nach den polizeilichen Feststellungen außer den bereits Verhafteten noch 14 Personen dringend verdächtig, die zurzeit flüchtig sind. Sie werden in den Plakaten mit Namen angeführt. Ferner werden 11 namentlich angeführte Personen und alle Personen, die Bekundungen über Fememorde machen können, aufgefordert, sich an die zuständigen Polizeidienststellen zu wenden. Die Angaben werden auf Wunsch vertraulich behandelt.

Die Fürstenabfindung vor dem Rechtsausschuß.

In der Sonnabend-Sitzung des Rechtsausschusses war zum Erstaunen des größeren Teiles der Ausschußmitglieder der deutschnationale Dr. Everling wieder anwesend. Vom Genossen Rosenfeld zur Rede gestellt, ob die deutschnationale Fraktion zu der Bloßstellung Everlings im Ausschuß noch nicht Stellung genommen habe, erklärte der Obmann der deutschnationalen Mitglieder des Ausschusses, daß diese ihren Kollegen Everling einstimmig gebeten hätten, auch fernerhin an den Beratungen des Rechtsausschusses teilzunehmen. Diese Mitteilung rief, abgesehen von der äußersten Rechten, allgemeine Empörung hervor. Genosse Rosenfeld erklärte, daß sich die Sozialdemokratische Fraktion alles Weitere zu diesem Verhalten eines deutschnationalen Reichstagsabgeordneten vorbehalte.

Dr. Everling glaubte seinerseits die Entrüstung der Ausschußmitglieder und der Oeffentlichkeit durch seine philosophisch gefärbte Erklärung beschwichtigen zu können: Auf dem Programm der Deutschnationalen stünde nicht nur das Eintreten für den monarchischen Staatsgedanken, sondern auch für den Rechtsgedanken an der ersten Stelle. Seine Partei habe die Aufgabe, für den Rechtsgedanken und für die mit Entrechtung bedrohten Staatsbürger, die ehemaligen Monarchen, besonders einzutreten. Für ihn ergebe sich durchaus kein Interessenkonflikt.

Genosse Dr. Rosenfeld blieb dem deutschnationalen Rechtsucher die Antwort nicht schuldig: „Ich muß schon sagen, daß es eine Unverfrorenheit sondergleichen ist, daß es ein Skandal ist, wenn ein Abgeordneter, dem solche Vorwürfe gemacht werden müssen, wie Herrn Everling, hier noch davon spricht, daß er für den Rechtsgedanken eintritt, während Recht und Anstand zu anderen Folgerungen nötigen. Der Skandal ist nicht dadurch entstanden, daß durch den thüringischen Minister Klüchtzner herauskam, was Abg. Everling sorgfältig verborgen hatte, sondern dadurch, daß Abg. Everling, obwohl er in einem Prozeß ein Mandat hat, mitwirkt an der Entscheidung über ein Gesetz, das diesem Prozeß ein Ende machen soll. Aus dem Fall Everling ist ein Fall der Deutschnationalen Fraktion geworden. Wir sind der Auffassung, daß die Reinheit und das Ansehen des Parlaments unbedingt erfordern, daß Abg. Everling so schnell wie möglich aus diesem Ausschuß verschwindet."

Die weitere Geschäftsordnungsdebatte wurde dann zurückgestellt. Anschließend behandelte der thüringische Finanzminister die Auseinandersetzung mit den ehemaligen Fürstenhäusern in Schwarzburg-Rudolstadt und Schwarzburg-Sondershausen. Die nach der Revolution abgeschlossenen Abfindungsverträge sind später als „gegen die guten Sitten verstoßend" angefochten worden, worüber noch Prozesse schweben. Genosse Dr. Rosenfeld bezeichnete die Anfechtung des Vertrages mit Schwarzburg-Sondershausen als besonders merkwürdig; denn dort ist der Abfindungsvertrag zustandegekommen mit dem alten, vorrevolutionären Landtag, der zu einem Drittel von Fürsten ernannt und nur zu einem Drittel direkt gewählt war. Dieser zahme Landtag hat seinerzeit die Einführung der Republik beschlossen und den Abfindungsvertrag mit den Fürsten abgeschlossen. Herr Everling, der wissen will, mit welchen Druckmitteln der Fürst zum Abschluß dieses Vertrages bewogen worden sei, erwidert der deutschnationale Finanzminister Thüringens, daß ein Zwang auf den Fürsten nicht ausgeübt wurde. Worauf Dr. Everling seinem Bedauern darüber Ausdruck gab, daß im Ausschuß nicht die Vertreter der einzelnen Fürsten zu Worte kommen. Sein Wunsch geht also nach Vermehrung der Mitglieder im Rechtsausschuß durch weitere Rechtsanwälte der abfindungswütigen Fürsten. Bei der Erörterung über die Schmalkaldener Forsten, die der preußische König ohne Zustimmung des Parlaments dem Herzog von Gotha geschenkt hat, wird auf eine Frage des Genossen Landsberg festgestellt, daß in der Tat der König von Preußen ganz eigenmächtig dieses Land, das dem Staate gehörte, und über das nur das Parlament zu verfügen hatte, damals verschenkt hat. Infolgedessen gehört es heute einem englischen Prinzen.

Ein Vertreter des Freistaates Sachsen gab die Erklärung ab, daß in Sachsen die Auseinandersetzung mit dem ehemaligen Königshause endgültig erledigt sei und Sachsen selbst kein Interesse an einer neuen Erörterung dieser Auseinandersetzung habe. Dann wurde die Geschäftsordnungsdebatte über den Fall Everling wieder aufgenommen. Die Kommunisten hatten einen Antrag eingebracht, nach dem ein Abgeordneter, der als Prozeßvertreter die Interessen eines Fürstenhauses vertritt, von der Teilnahme an den Beratungen des Rechtsausschusses ausgeschlossen sein soll. Der Vorsitzende schlug vor, den Reichstagspräsidenten zu veranlassen, den Fall Everling im Aeltestenrat zur Sprache zu bringen, weil der Ausschuß selbst die Geschäftsordnung des Reichstages nicht ergänzen könne. Abg. v. Richthofen (Dem.) bedauert die Haltung Everlings und der Deutschnationalen. Abg. Schulte (Ztr.) wiederholt die Erklärung, daß das Zentrum in einem solchen Falle sein Rechtsausschußmitglied zurückziehen würde. Die Erklärung der deutschnationalen Abgeordneten sei höchst bedauerlich. Der Volksparteiler Kempkes meinte, daß hier Takt und Geschmack zu entscheiden habe. Die Behandlung der Frage im Aeltestenrat müsse von den Fraktionen angeregt werden. Eine Abstimmung über den kommunistischen Antrag erklärte die Ausschußmehrheit für unzulässig, die weitere Klärung wird also durch den Aeltestenrat und den Reichstagspräsidenten erfolgen.

Löbe für Fürstenenteignung.

„Nach Meldungen aus Frankfurt a. M. sprach dort gestern in einer vom Reichsbanner, dem Republikanischen Reichsbund und den drei republikanischen Parteien nach dem Schumann-Theater einberufenen Versammlung Reichstagspräsident Löbe zur Fürstenabfindung. Der demokratische Antrag auf reichsgesetzliche Regelung sei das Mindeste, das jetzt zu geschehen habe, sonst müsse durch Volksentscheid eine Regelung dahin getroffen werden,

1. das gesamte Vermögen der ehemaligen regierenden Häuser geht in das Eigentum des Staates über;

2. die noch lebenden Fürsten, die ausreichendes Vermögen nicht besitzen, erhalten für ihren Lebensunterhalt eine durch die Landesgesetzgebung festzusetzende Rente.

Die neue Leitung der KPD. gegen die alte Führung.

Die neue Leitung in der Kommunistischen Partei Deutschlands setzt ihren Vernichtungskampf gegen die alte Führung, an deren Spitze Ruth Fischer und Maslow gestanden hatten, mit unerbittlicher Konsequenz fort. Die „Rote Fahne" veröffentlicht eine Reihe von Dokumenten und dazu Politische Kommentare aus dem politischen Büro des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands, um den Nachweis zu führen, daß sich Maslow als Angeklagter vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig außerordentlich schwer an der kommunistischen Parteidisziplin versündigt und daß sich Ruth Fischer durch nachträgliche Verteidigung seines Verhaltens vor den kommunistischen Parteiinstanzen ebenso schwer verfehlt habe.

Das Auftreten Maslows vor dem Leipziger Gerichtshof war auf dem letzten Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands von einigen Rednern als disziplinwidrig kritisiert worden. Daraufhin hatte Ruth Fischer, die zwar noch immer dem Zentralkomitee der Deutschen Kommunistischen Partei angehört, aber in Moskau sozusagen in Klausur gehalten wird, an das Präsidium des russischen Parteitages eine Erklärung gerichtet, worin sie für Maslow eintrat. Daß sie in ihrer Bewegungsfreiheit in Moskau zurückgehalten wird, geht aus einer Erklärung Maslows hervor, daß es ihr trotz ihres derzeitigen Aufenthaltes in Moskau nicht möglich gewesen sei, auf dem russischen Parteitag anwesend zu sein. Sachlich springt sie Maslow mit der Behauptung bei, daß er seine Verteidigung in Leipzig nach einer von dem damaligen Zentralkomitee gebilligten Disposition geführt habe und während des Prozesses keinerlei Kritik an seiner Verteidigung laut geworden sei.

Die Parteikonferenz, die im vergangenen Jahre stattfand, hat in einer Sonderkommission Maslows Verhalten bereits als unwürdig bezeichnet, ihn des Disziplinbruches und der Verletzung der Ehre der Partei für schuldig erklärt und das Material zur endgültigen Entscheidung der Kommunistischen Internationale überwiesen. Aber man hatte dieses Votum geheim gehalten, und erst die gewaltsame Absetzung der alten Leitung der Kommunistischen Partei Deutschlands durch das Moskauer Exekutivkomitee Anfang September 1925 hat den Kurs der deutschen Partei so herumgetrieben, daß die Bahn für die politische Diskreditierung der bisherigen Führung frei wurde. Jetzt wird auch die Antwort mitgeteilt die die Vertretung der deutschen Parteizentrale in Moskau auf Ruth Fischers Erklärung erhalten hat. Ruth Fischer wird darin eines unerhörten Verstoßes gegen die höchsten Organe der deutschen Partei und der kommunistischen Internationale beschuldigt, und Maslow selbst wird an Hand des stenographischen Prozeßprotokolls in zehn Punkten nachzuweisen, gesucht, daß er die Partei durch sein Verhalten aufs schwerste geschädigt und die Ehre der Partei vor den bürgerlichen Gerichten verraten habe. Das deutsche Zentralkomitee hat seinerseits nunmehr gegen Ruth Fischer und Maslow ein scharfes Verdammungsurteil ausgesprochen.

Die ganze Affäre macht den Eindruck, als ob die Leitung der deutschen Partei zusammen mit der Führung der Kommunistischen Internationale entschlossen sei, Maslow und Ruth Fischer, die immerhin, namentlich in Berlin, über starken Anhang verfügen, vollends zu kompromittieren und in der Partei mundtot zu machen. Vielleicht hängt ihr Vorgehen damit zusammen, daß Maslow (dem infolge des Amnestiegesetzes zwei Jahre seiner Strafe erlassen werden) Mitte 1926 aus dem Gefängnis entlassen werden wird und dann seine Gegnerschaft gegen den neuen Kurs erneut betätigen könnte.

* * *

Neuerdings hat die Bezirksleitung Niedersachsen gegen den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Katz als „offenen Feind der Partei" bei der Parteizentrale den Antrag auf ein Ausschlußverfahren gestellt. In dem Antrag, der von der „Roten Fahne" am Sonntag an völlig versteckter Stelle wiedergegeben wird, heißt es, daß „Katz im Begriff ist, um seiner egoistischen und krankhaften Interessen willen eine Spaltung zu organisieren" und er „ein Hindernis für die Herstellung eines Vertrauensverhältnisses breiter Schichten des Proletariats zur Partei ist". Das politische Büro der KPD.-Zentrale versieht den Antrag seiner niedersächsischen Bezirksleitung mit einem Kommentar, in dem der Beschluß vollinhaltlich gebilligt wird. In den nächsten Tagen soll die Oeffentlichkeit über den Fall Katz noch Näheres erfahren. Außer Katz dürften, wie sich aus dem Antrag der niedersächsischen Bezirksleitung ergibt, weitere kommunistische Parteimitglieder dem Henker ausgeliefert werden.

Eins.

Roman von Lawrence H. Desberry.

4] Aus dem amerikanischen Manuskript übertragen von Hermynia Zur Mühlen.

„Ja, auf einer Forschungsreise."

Der Arbeiter lachte. „Ach so, Sie gehören wohl zur Mannschaft des „Trotzalledem", der gestern im Hafen einlief?"

Mannister nickte. „Ich machte die Expedition als Arzt mit."

„Und Ihr habt den Nordpol nicht entdeckt?"

„Nein", meinte Mannister etwas bitter, es blieb mir vorbehalten, meine Entdeckungen in Newyork zu machen."

„Was für Entdeckungen?"

„Daß die Welt nicht um ein Haar besser ist als vor sechs Jahren. Im Gegenteil . . ."

„Ja, was haben Sie denn erwartet?"

„Wir glaubten doch alle . . . nach dem Kriege . . ."

„Arme Narren!"

Aus der Höhe fiel ein Zettelchen auf die beiden nieder. Auf purpurnem Grund leuchtete das Wort: „Eins".

Der Arbeiter hob einen Zettel von der Erde auf: „Das ist die größte Entdeckung des modernen Amerikas: ewige Jugend und Schönheit für die Reichen."

„Wo wird denn das Zeug hergestellt?" fragte Mannister halb gedankenlos, einen der purpurnen Zettel zwischen den Fingern zerknüllend.

Der Arbeiter runzelte die Stirn: „Das weiß kein Mensch".

„Seltsam."

„Es wird irgendeine Schurkerei dahinter stecken."

Mannister sah auf die Uhr.

„Sagen Sie, Herr . . ." er stockte.

„Benson, Jed Benson", ergänzte der andere.

„Herr Benson, wie komme ich am raschesten nach der Bowery? Ich soll um 2 Uhr einen Freund treffen. Und er nannte die genaue Adresse.

Benson blickte ihn erstaunt an.

„Kennen Sie Kerle?"

„Nein, aber mein Freund wohnt bei ihm, Brian O'Keefe."

„O'Keefe, den kenne auch ich." Benson wollte anscheinend noch etwas hinzufügen, schwieg dann aber und erklärte Mannister nur noch, wie er am raschesten in die genannte Straße könnte.

Als die beiden Männer voneinander Abschied nahmen, war Mannister zumute, als sollte er einen Freund verlieren.

„Ich komme gern wieder mit Ihnen zusammen, Herr Benson. Wollen Sie mir Ihre Adresse geben?"

Benson zögerte einen Augenblick, erwiderte dann lachend: „Eigentlich habe ich keine Adresse."

„Sie sind . . . Sie haben . . .?"

„Ich liebe die Abwechselung, übernachte nicht gerne zweimal im selben Hause." Er bemerkte Mannisters Verblüffung und fügte hinzu: „Nein, ich bin nicht verrückt, beruhigen Sie sich. Es gibt nur allerlei seltsame Dinge in unserem Lande der Freiheit. Lassen Sie sich von O'Keefe darüber unterrichten. Und geben Sie mir Ihre Adresse; wenn ich es kann, werde ich Sie aufsuchen."

Mannister nannte den Namen seines Hotels.

„Ich bleibe aber höchstens noch eine Woche hier," erklärte er, „fahre dann heim, nach unserer alten Farm in Süd-Dakota."

„Süd-Dakota! Ich werde gegen Ende des Monats in Ihrer Nähe sein, in Minnesota. Vielleicht treffen wir uns dort. Auf Wiedersehen."

Mannister ahnte nicht, unter welch seltsamen Umständen das Wiedersehen stattfinden sollte.

Er bestieg die Hochbahn und fuhr nach der Bowery.

Durch die elenden Straßen des Armenviertels schreitend, gedachte er des Eindrucks, den noch vor wenigen Stunden die Straßen der Reichen in ihm erweckt hatten: Newyork, die reichste Stadt der Welt. Diese engen schmutzigen Gassen betrachtend, die verwahrlosten Frauen, die schmutzigen Kinder, den schweren Geruch einatmend, sagte er zu sich: „Newyork, die elendste, die traurigste Stadt der Welt".

Unklar fühlte er, dieses Newyork müsse so sein, damit das andere, das glitzernde, das goldene Newyork bestehen könne. Das Schönheitsmittel fiel ihm ein, und nun erinnerte er sich auch der Tatsache, daß er im eleganten Viertel keine einzige alte Frau gesehen hatte. Die „Damen", die im Auto an ihm vorübergefahren oder zu Fuß vorbeigegangen waren, sahen alle wie junge Mädchen aus. Hier begegnete Frauen, die ganz kleine Kinder in den Armen hielten, erschienen wie schlecht erhaltene Vierzig- und Fünfzigjährige, mit eingefallenen Wangen, trüben Augen, verdorbenen Zähnen, und selbst den jungen Mädchen fehlte jegliche Frische. Versonnen ging Mannister weiter. Ein unklares Schuldgefühl begann ihn zu quälen. „Ich hatte nicht das Recht, sechs Jahre lang fern von der Welt und ihren Problemen zu leben", dachte er bei sich. „Freilich war ich noch jung und unerfahren, als ich mich der Expedition anschloß. Aber ich wußte dennoch um die Ungerechtigkeit unseres wirtschaftlichen Lebens." Und er gedachte der Universität, gedachte des Professors, der fortgetrieben wurde, weil er zu „radikal" war. Damals war Mannister der einzige gewesen, der gegen das Vorgehen des Kuratoriums protestierte; er hatte die einzelnen Mitglieder aufgesucht und wäre sicherlich relegiert worden, hätte ihn nicht sein Onkel Henry Bright, der gewissermaßen durch seinen Syndikus im Kuratorium vertreten war, vor diesem Schicksal bewahrt. Dann hatte ihn das große Abenteuer der Expedition verlockt; trotz Leiden, Entbehrung und Mißerfolg hatte er sechs glückliche Jahre verbracht.

In der letzten Zeit freilich hatte er sich immer mehr heimgesehnt, nach dem Vater, nach Amerika. Und nun war er wieder hier — der Vater lebte nicht mehr, und Amerika . . . Ja, er hat unrecht gehandelt, hat nicht sein Teil zum Fortschritt der Menschheit beigetragen. Was bedeutet die Entdeckung des Nordpols in einer Welt, wo es solche Straßen gibt wie die Bowery? Plötzlich fiel ihm der Geheimagent ein. Er lachte, der Kerl hatte ein dermaßen verblüfftes Gesicht gemacht, als Mannisters Faust mit seinem Kinn in Berührung kam! Fred Mannister freute sich plötzlich seiner Kräfte; er ahnte, daß er sie im Kampf gegen das Amerika der Reichen und Spitzel gut gebrauchen könne.

O'Keefe war nicht daheim, hatte einen Zettel zurückgelassen, Mannister möge ihn um 4 Uhr in seinem Hotel erwarten.

Müde und verstimmt strebte Mannister heim.

Unterwegs begegnete er einem Zug der Heilsarmee; voran zwei junge Mädchen mit Tambourinen, die einen Choral sangen. Niemand beachtete sie, nur Mannister blieb einen Augenblick stehen. Da trat das junge Mädchen auf ihn zu und fragte salbungsvoll: „Wollen Sie Ihre Seele retten, mein Bruder? Kommen Sie zu Jesus. Jesus streckt Ihnen vom Kreuz die Arme entgegen."

(Fortsetzung folgt.)

Erledigung des deutschnationalen Stellenschwindels im Auswärtigen Ausschuß.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages hat am Sonnabend mit 16 gegen 12 Stimmen einen sozialdemokratischen Antrag angenommen, der ausspricht, daß die Sozialdemokratie mit der Angelegenheit der Genfer Stellenbesetzung überhaupt nichts zu tun habe, daß von seiten des Zentrums nur der bekannte Privatbrief von Marx vorliege und daß von keiner Fraktion und keinem Mitgliede des Reichstages in dieser Sache etwas getan worden sei, was gegen die Würde Deutschlands verstoße. Außerdem wurde ein volksparteilicher Antrag angenommen, der den Beamten des Auswärtigen Amtes bescheinigt, daß ihnen Unkorrektheiten nicht nachgewiesen seien.

Zur Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag ist zu bemerken, daß auch zwei Parteien, die gegen ihn stimmten, die deutschnationale und die kommunistische, durch ihre Redner zum Ausdruck gebracht hatten, daß von den Vorwürfen gegen die Sozialdemokratie nichts übrig geblieben sei. Der Schwindel ist also so zusammengebrochen, daß selbst Deutschnationale und Kommunisten ihn nicht aufrechterhalten können. Mehr kann man nicht verlangen.

Infolgedessen gestaltete sich die Debatte im Auswärtigen Ausschuß ihrer politischen Bedeutung nach zu einer außerordentlich scharfen Auseinandersetzung zwischen Zentrum und Deutschnationalen, ein Erfolg, der von den Urhebern dieser Hetze wohl nicht vorausgesehen und nicht gewollt war. Aufsehen und Empörung bei der Mehrheit des Ausschusses erregte es, daß der deutschnationale Herr Hoetzsch das Vorgehen als einen „Skandal" zu bezeichnen wagte. Herr Hoetzsch, der selber festangestellter Mitarbeiter der Hugenbergschen Verleumderpresse ist, hätte besser getan, in dieser Debatte überhaupt zu schweigen. Daß es an scharfen Erwiderungen des Zentrums nicht fehlte, ist selbstverständlich. In Wirklichkeit hat Herr Marx nur einen Privatbrief, der an ihn gerichtet war, beantwortet und davon obendrein noch das Auswärtige Amt unterrichtet; sein Verfahren war einwandfrei und loyal. Daß Marx ein Ehrenmann ist, wird auch von dem anständig gesinnten Teil seiner politischen Gegner nicht bezweifelt, die Verteidigung des Hetzkonzerns Hugenberg („Tag", „Lokalanzeiger" usw.) durch Herrn Hoetzsch ist völlig mißglückt.

Aus dem Reiche.

Der Kaiserfilm ist, so tröstet die „Schlesische Zeitung" die Monarchisten, nur „für Familienzwecke" aufgenommen worden und gegen den Willen Wilhelms an die Firma Pathé weiterverkauft. Das deutschnationale Blatt mahnt alle Getreuen, nicht zu glauben, daß Wilhelm wirklich — nach dem Bilde der „Volkswacht" — vom Regisseur aufgefordert werden mußte, „noch majestätischer" zu spielen . . Ein Majestätsbewußtsein, das sich sogar „für Familienzwecke" im Film spiegeln muß, hat vielleicht wirklich diese Mahnung nicht so notwendig gehabt wie unser Karikaturist glaubte!

Die Börsengeschäfte des Barons von Holstein. Wie jetzt bekannt wird, hat der vielgenannte Herr v. Holstein seine Börsengeschäfte durch Vermittelung des Kommerzienrats Emil Heymann gemacht, der mit den beiden Söhnen des Kommerzienrats Meyer-Cohn seit dem Jahre 1893, wo der Gründer des Bankhauses starb, die Geschäfte dieses Hauses leitete. Heymann, wie die beiden Söhne des Gründers sind inzwischen gestorben, und das Bankhaus ist 1906 in der Diskontogesellschaft aufgegangen.

Beschleunigte Erledigung von Prozessen. Angesichts der zurzeit durch die ungünstige Wirtschaftslage bedingten Kapitalnot besteht für den Gläubiger und für den Schuldner, sofern dieser nicht etwa zahlungsunfähig ist oder sich seinen Verpflichtungen auf unlautere Weise entziehen will, gleichmäßig ein dringendes Interesse an baldiger Klärung von Zweifeln über den Bestand und den Umfang von Forderung und Schuld. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat sich der Justizminister deshalb neuerdings veranlaßt gesehen, den Gerichten innerhalb der Grenzen, die durch die außerordentliche Geschäftszunahme gezogen sind, eine beschleunigte Erledigung der Prozesse unter äußerster Anspannung der Arbeitskraft zur Pflicht zu machen. Insbesondere sollen die Sitzungstage, vornehmlich bei denjenigen Abteilungen, Kammern und Senaten, bei denen die Termine bisher verhältnismäßig weit hinaus anstehen, durch Anberaumung einer möglichst großen Zahl von Sachen stets voll ausgenutzt werden. Die Gerichte sollen die Zahl der in gewöhnlichen Zeiten auf einen Sitzungstag anzuberaumenden Termine so weit erhöhen, als es mit einer sorgfältigen Bearbeitung der Sachen bei stärkster Anspannung der Arbeitskraft in Einklang zu bringen ist, und sich nötigenfalls auch zur Ansetzung außergewöhnlicher Sitzungstage entschließen.

Bekämpfung der Skandalpresse. Die Nachrichtenstelle der sächsischen Staatskanzlei teilt mit: Nachdem das Justizministerium bereits vor einigen Tagen die Aufmerksamkeit der Strafverfolgungsbehörden auf die mit der Skandalpresse zusammenhängenden Uebelstände gelenkt hatte, sind die Staatsanwaltschaften neuerdings angewiesen worden, eine Strafverfolgung wegen Beleidigungen, die in dieser Presse begangen werden, in geeigneten Fällen im öffentlichen Interesse zu übernehmen und auf nachdrückliche Bestrafung der Schuldigen hinzuwirken. Die Dresdner Skandalpresse ähnelt der Breslauer sehr!

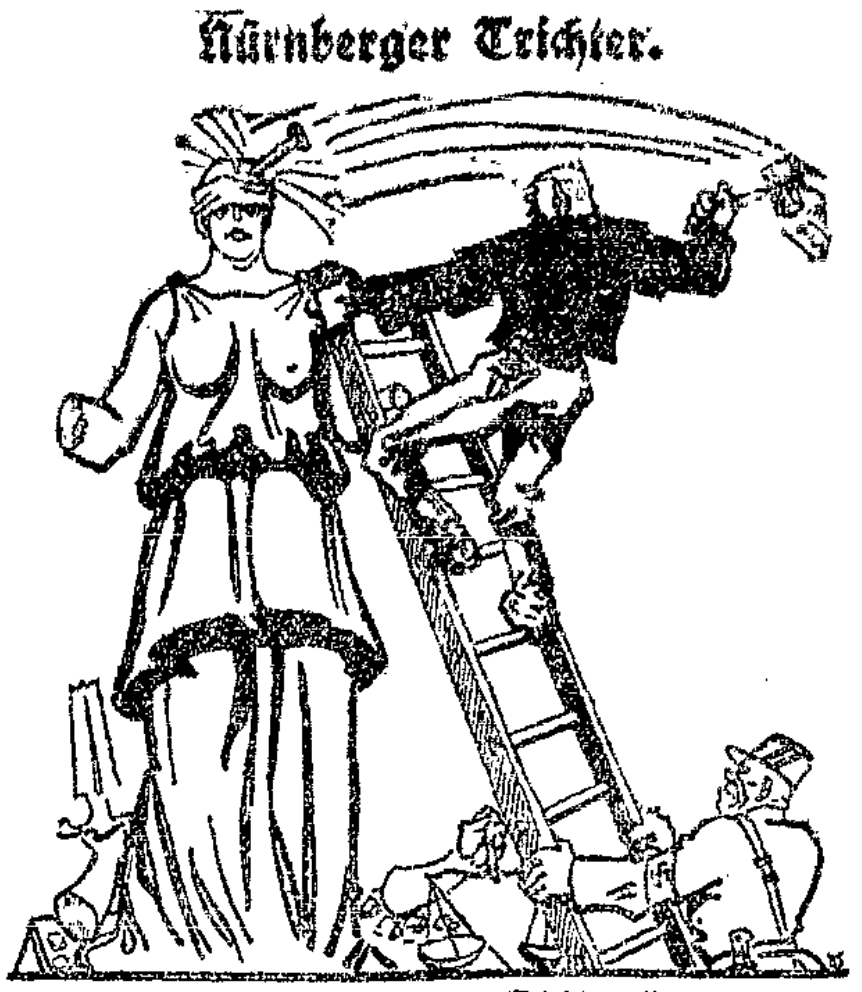
Kleine Auslandsnachrichten.

Der angebliche Erzbergermörder. Die Untersuchung der zuständigen Gerichtsstellen hat ergeben, daß der in Bad Aussee verhaftete angebliche Erzbergermörder mit dem geflüchteten Schulz nicht identisch ist. Es handelt sich um einen Hans Vogt, der 1893 in Leipzig geboren ist und sich unter den verschiedensten gräflichen Namen in Tirol und Oberösterreich als Hochstapler herumgetrieben hat. Vogt ist Mitglied einer deutschen Geheimorganisation. Er wird wegen der verschiedensten Betrügereien schon seit Monaten steckbrieflich gesucht.

Die Schweiz fürchtet Mussolinis Zorn. Der schweizerische Bundesrat hat vor einigen Tagen den in Lugano wohnenden italienischen Flüchtling Angelo Tonello wegen seiner Mitarbeit an der sozialdemokratischen Tessiner Zeitung „Libera Stampa" ernstlich verwarnt, sich künftig in seiner Kritik gegenüber Italien und dem Faschismus mehr Mäßigung aufzuerlegen. Andernfalls werde er aus dem Gebiet der schweizerischen Eidgenossenschaft ausgewiesen. Es wiederholt sich damit in der Schweiz das gleiche Schauspiel, wie im Jahre 1888, als der Redakteur des Organs der deutschen Sozialdemokratie, Genosse Ed. Bernstein, vom Bundesrat aus Zürich ausgewiesen wurde. Damals geschah es auf das Stirnrunzeln von Bismarck, diesmal auf das Mussolinis. Der heutige Fall ist noch krasser, weil Tonelli nach einer Erklärung der „Libera Stampa" und des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Tessin gar nicht Redakteur der genannten Zeitung ist und alle seine Artikel mit vollem Namen zeichnete. Die gesamte sozialdemokratische Presse der Schweiz sowie eine Reihe bürgerlicher Blätter verurteilen die schwächliche Haltung des Bundesrats als unwürdig. Vor allem wird auch darauf hingewiesen, daß zunächst die irredentistischen Hetzereien italienischer Blätter gegen die Schweiz aufhören sollten, bevor der italienischen Regierung ein Recht eingeräumt werde, sich in die schweizerische Pressefreiheit einzumischen.

Der litauische Außenminister Rainys erklärte Pressevertretern, daß er Tschitscherins Besuch in Kowno durch einen Besuch in Moskau erwidern wolle. Er hoffe, daß die in Aussicht genommenen Handelsvertragsverhandlungen bald so weit gediehen würden, daß er diesen Besuch mit ihrem Abschluß verbinden könne.

Nürnberger Trichter.



Einst klystierte man mit Nürnberger Trichtern Weisheitssuppe;
Heute brauchte sie Justitia, beim Verfahren gegen Luppe.
Doch man schiebt ihr leider keinen Trichter in die weiche Birne;
Heute haut man ihr in Nürnberg einen Nagel ins Gehirne. —

Ein neues Preisabbaugesetz.

Die Reichsregierung hat dem Reichsrat am Sonnabend den Entwurf eines Gesetzes zur Förderung des Preisabbaues zugeleitet. Dieses Gesetz geht auf das Preisabbauprogramm des Reichskanzlers Dr. Luther vom 5. August 1925 zurück. Es verfolgt angeblich den Zweck, durch Senkung der Lebenshaltungskosten und der Warenpreise die deutsche Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen. Der erste Teil des Entwurfs (Artikel 1, Vergleich zur Abwendung des Konkurses) ist durch die Regierung bereits im Dezember 1925 veröffentlicht worden. Ueber den übrigen Inhalt des Gesetzes erfährt der „Sozialdemokratische Pressedienst" folgendes:

„Der Artikel 1 wird durch drei weitere Artikel ergänzt. Davon sehen Artikel 2 Maßnahmen gegen die Ringbildung, Artikel 3 eine Abänderung der Kartellverordnung vom 2. November 1923 und Artikel 4 eine Aenderung der Gewerbeordnung vor.

Die im Artikel 2 vorgesehenen Maßnahmen gegen die Ringbildung sind durch äußerst bedenkliche Zustände auf dem Gebiet des Submissionswesen notwendig geworden. Die Preisverabredungen haben ein derartiges Ausmaß angenommen, daß man von freiem Markt und freier Konkurrenz nicht mehr sprechen kann. Deshalb sieht der Entwurf vor, daß jeder, der sich an einer Ausschreibung beteiligt, in seinem Angebot anzugeben hat, welche Verständigung er mit anderen Personen über die von ihm abgegebenen Preise und Bedingungen für dieses bestimmte Angebot getroffen hat. Weiter ist anzugeben, ob der Lieferant usw. Mitglied eines Kartells ist, das für alle etwa in Betracht kommenden Vergebungen und Angebote den Wettbewerb unter seinen Mitgliedern grundsätzlich geregelt hat. Stellt sich heraus, daß diese Angaben verschwiegen oder nur unvollständig gemacht worden sind, so kann der Ausschreibende vom Vertrag zurücktreten oder die Herabsetzung des vereinbarten Preises (allgemein um 15 Prozent) verlangen. Der Rücktritt gilt aber nicht für solche Teilleistungen aus dem Vertrag, die bereits vollständig bewirkt sind. Auch erlischt die Rücktrittsbefugnis, wenn der Rücktritt nicht in einem Monat nach Kenntnisnahme des Verstoßes gegen das Gesetz erfolgt ist. Wer im Fall einer Auftragserteilung eine Erklärung wissentlich unrichtig abgibt, soll mit Geldstrafe oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft werden. Weiter ist für denjenigen, der es unternimmt, jemanden von einer Ausschreibung abzuhalten oder ihn veranlaßt, ein sogenanntes Schutzangebot, das heißt ein für den Ausschreibenden ungünstigeres Angebot abzugeben, ebenfalls eine Geldstrafe oder eine Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre vorgesehen. Wird dafür eine Vergütung angeboten, so ist nach dem Entwurf auf eine Gefängnisstrafe zu erkennen. Außerdem kann in Fällen einer Verurteilung die Veröffentlichung des Urteils auf Kosten des Verurteilten angeordnet werden oder durch öffentlichen Anschlag erfolgen

Artikel 3 (Abänderung der Kartellverordnung) bestimmt, daß die Kartellverordnung auch Anwendung auf Zwangssyndikate und die Zwangsinnungen findet. Nach § 19 der Kartellverordnung vom 2. November 1923 waren diese der Kartellverordnung nicht unterworfen, um eine Doppelbeaufsichtigung zu vermeiden. Die tatsächliche Entwicklung hat aber erwiesen, daß die Unterstellung der Zwangssyndikate und Zwangsinnungen unter die Kartellverordnung unbedingt notwendig ist.

Von Wichtigkeit ist Artikel 4 (Abänderung der Gewerbeordnung). Der künftige Absatz 3 des § 73 der Gewerbeordnung gibt damit den zuständigen Landesbehörden die Möglichkeit, je nach den örtlichen Bedürfnissen die Verabfolgung von Brot nach bestimmtem Gewicht anzuordnen. Dadurch wird die Kontrolle ganz bedeutend erleichtert. Der Entwurf geht hier so weit, vorzuschlagen, daß die Bäcker Brot, dessen Gewicht vorgeschrieben ist, nur feilhalten dürfen, wenn das Gewicht auf dem Brot durch eingedrückten Stempel bezeichnet ist.

Im übrigen sieht Artikel 4 vor, daß dem § 96 der Gewerbeordnung ein § 96a hinzugefügt wird. Nach diesem Paragraphen kann die oberste Landesbehörde einer Innung untersagen, Preise (besonders Mindestpreise oder Richtpreise), Arten der Preisfestsetzung oder der Preisermittelung und Geschäftsbedingungen festzusetzen, zu empfehlen oder bekanntzugeben. Die Landesbehörde ist ferner nach dem § 96a berechtigt, Beschlüsse der Innungen außer Kraft zu setzen, welche die Bekanntgabe oder Nichtbekanntgabe von Preisen oder Geschäftsbedingungen durch die Innungsmitglieder betreffen. Die Innungen haben im Laufe des Kampfes um den Normalpreis immer behauptet, daß sie keine Preisverabredungen treffen. Das trifft in der Form zu, daß keine offiziellen Verabredungen getroffen werden. Unter der Hand haben sich die Verabredungen durchweg eingebürgert. Außerdem haben es die Innungen verstanden, indem sie ihren Mitgliedern verboten, billigere Preise dem Publikum bekanntzumachen, den Preisstand zu behaupten. Sie sind sogar soweit gegangen, daß sie die Festsetzung von billigeren Preisen als einen Verstoß gegen die Standesehre auffaßten und über denjenigen, der den billigeren Preis stellte, den gesellschaftlichen Boykott, der vor allem mit einer Liefersperre verbunden war, oder eine empfindliche Geldstrafe verhängte. Der Artikel 4 sieht nun eine Abänderung des § 81 Ziffer 1 der Gewerbe-Ordnung dahingehend vor, daß „eine Handlung, die ein Innungsmitglied im geschäftlichen Verkehr zu Zwecken des Wettbewerbs unternimmt, nur dann als Verstoß gegen den Gemeingeist oder als eine Verletzung der Standesehre gilt, wenn unlauterer Wettbewerb vorliegt."

* * *

Wir behalten uns sachliche Stellungnahme zu diesem neuen Bruchstück der Lutherschen unvollkommenen Preisabbauaktionen vor, können aber schon heute feststellen, daß wesentliche Forderungen gegen die Preisdiktatur der großen Kartelle darin nicht verwirklicht werden.

Die deutschen Freunde der ungarischen Fälscher.

Paris, 9. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der „Paris Soir" veröffentlicht am Sonnabend abend den Wortlaut eines Vertrages, aus dem sich das enge Verhältnis zwischen den deutschen und ungarischen Monarchisten ergibt. Der Vertrag soll zwischen einem deutsch-ungarischen Konsortium im Jahre 1920 abgeschlossen worden sein. Als Vertreter der deutschen Monarchisten war der bekannte Oberst Bauer an diesem Konsortium beteiligt. Er hat, wie sich aus dem Vertragstext ergibt, einen deutschen Notendrucker besorgt, der in Uebereinstimmung mit dem Konsortium beauftragt war, 2 Milliarden Duma-Rubel zu drucken. Die deutschen Behörden sollen angeblich seit Februar 1921 im Besitz des entsprechenden Dokuments gewesen sein.

* * *

Auch zum bayrischen Kronprinzen scheinen die ungarischen kompromittierten Kreise um den Habsburger Albrecht enge Beziehungen gehabt zu haben, wie ja sowohl die weißblauen Partikularisten um Fuchs-Machhaus als auch die bayrischen Völkischen um die Herren Pöhner und Frick herum wiederholt in kritischen Augenblicken in Budapest auftauchten. Eine Ableugnung seitens des Kronprätendenten Rupprecht erfolgt in so vorsichtiger Form, daß sie eher wie eine Bestätigung aussieht. Die deutsche Generalanzeiger- und Rechtspresse, die zuerst den Budapester Skandal ziemlich offen berichten mußte, spricht daher jetzt bereits ängstlich von „französischer Hetze", weil französische Kriminalbeamte die Frankenfälschungen aufdecken. Der Budapester Sumpf ist aber nicht mehr gut zuzudecken, da die feudalen Kreise um Horthy und Bethlen sich inzwischen gegenseitig schwer genug kompromittiert haben.

Ein Vorstoß zur Einigung zwischen zweiter und dritter Internationale.

London, 9. Januar. (Eigener Bericht.) Die Unabhängige Arbeiterpartei dürfte, wie „Daily Herald" meldet, auf Grund eines im Parteivorstand der I.L.P. gefaßten Beschlusses bei nächster Gelegenheit der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale Vorschläge machen, die sich auf eine Einigungsaktion zwischen Moskau und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale beziehen.

Diese Mitteilung ist auf den Generalsekretär der Unabhängigen Arbeiterpartei, Fenner Brockway, zurückzuführen. Er vertritt in Zukunft anstelle des bekanntlich aus Gesundheitsrücksichten zurückgetretenen Parteivorsitzenden Clifford Allen die Unabhängige Arbeiterpartei in der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und dürfte deshalb bereits in der nächsten Sitzung den von seiner Partei gefaßten Beschluß vor dem Exekutivkomitee selbst begründen. Der Erfolg bzw. Mißerfolg eines solchen Vorstoßes kann unseres Erachtens nach den jüngsten Entscheidungen der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale auch den britischen Freunden der politischen Einigungsaktion nicht zweifelhaft sein. Es dürfte schon jetzt als sicher gelten, daß die Unabhängige Arbeiterpartei bei ihrem Vorstoß von den Vertretern der großen Labour Party in der Internationale nicht unterstützt werden wird.

* * *

Gefühlsmäßig wird der Wunsch der englischen Unabhängigen, die eine rührige kleine Teilgruppe der englischen Gesamtpartei darstellen, von weiten Kreisen auch in der deutschen Sozialdemokratie geteilt werden. Ob aber der Zeitpunkt für einen solchen Versuch schon gekommen ist, wird in der Tat, angesichts des Mißbrauchs aller Gewerkschaften und Einigungsaktionen zu einseitig kommunistischer Propaganda, zu bezweifeln sein. Der undemokratische Aufbau der Moskauer Internationale mit ihrer rein russischen Leitung, an der Parteien anderer Völker nur dem Scheine nach formal beteiligt sind, würde in einer gemeinsamen sozialistischen Internationale niemals zu halten sein. Darin liegt der tiefste Grund für die Unehrlichkeit der Moskauer Einheitsfrontpropaganda. Man sollte auf jeden Fall so zu Werk gehen, daß der Mißerfolg eines verfrühten Einigungsvorschlages den Gedanken eines späteren Ausgleichs nicht etwa gar noch schädigt.

Aus aller Welt.

Eine Reichsgesundheitswoche

soll auf Veranlassung des Reichsinnenministeriums im kommenden April stattfinden. Besonders die Lehrerschaft, die Schulaufsichtsbeamten, Jugend- und Wohlfahrtsorganisationen und Elternbeiräte sollen für die praktische Durchführung herangezogen werden. Das preußische Unterrichtsministerium hat bereits die Provinzialschulkollegien um Förderung des Unternehmens und beschleunigte empfehlende Hinweise an Lehrerschaft und Elternbeiräte auf die bevorstehenden Vorträge ersucht.

Ein Frauenspielklub ausgehoben.

Beamten des Berliner polizeilichen Spielerdezernats gelang es, in der Landsberger Allee einen Frauenspielklub, der unter dem Vorwande eines Kaffeekränzchens zusammenkam, beim Glücksspiel zu überraschen. Die Kasse, in der sich große Summen befanden, wurde beschlagnahmt und sämtliche Frauen der Polizei zugeführt, von wo sie nach Feststellung ihrer Personalien wieder entlassen wurden.

Auf der Bühne erstochen.

Ein schweres Unglück ereignete sich bei einer Theateraufführung, die der Katholische Jünglingsverein in Volkmarsen bei Rinteln an der Weser veranstaltete. Nach der Szenenvorschrift mußte ein Polizist seinen Partner erschießen. Der Schuß ging aber nicht los. Um dem Auftritt den Anschein eines wirklichen Kampfes zu geben, zückte der Verbrecher den Dolch und traf damit den vordringenden Polizisten so unglücklich in die Brust, daß der Partner auf der Bühne zusammenbrach. Der Darsteller ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen.

Grauenhafter Mord.

Gestern abend wurde die 13-jährige Schülerin einer Cottbuser Mädchenmittelschule, Hertha Kuschke, von dem an dieser Schule beschäftigten Heizer Richard Regling nach einem versuchten Sittlichkeitsverbrechen mit Knüppelschlägen auf den Kopf getötet und sodann im Kessel der Zentralheizung verbrannt. Der Täter wurde verhaftet.

Schneestürme in Amerika.

In den Oststaaten von Nord-Amerika ist, wie „Newyork Herald" aus Newyork meldet, gestern ein gewaltiger Schneesturm niedergegangen, dem in Newyork-City vier Personen, in New-England zehn Personen zum Opfer fielen. Man nimmt an, daß die Zahl der Toten sich noch erhöhen wird. „Chicago Tribune" zufolge sind viele Telephon- und Telegraphenleitungen unterbrochen worden. Auch der Verkehr auf den Eisenbahnstrecken in den Oststaaten soll lahmgelegt sein.

Wirbelstürme auf Tahiti.

Wie „Petit Parisien" aus Papeete meldet, ist am 2. und 3. Januar auf den Inseln Tahiti und Moorea ein heftiger Wirbelsturm niedergegangen, der stellenweise großen Unheil angerichtet hat. In der Gegend von Taravao sind 2 Personen getötet und vier schwer verletzt worden. Fast sämtliche Brücken seien fortgerissen und zahlreiche Straßen zerstört worden.

Die Vorführungen des Films von der 1. Internationalen Arbeiter-Olympiade zu Frankfurt am Main Juli 1925

Die neue Großmacht

haben bei der Breslauer Bevölkerung so großen Anklang gefunden, daß sie vielfach geäußerten Wünschen entsprechend

verlängert worden sind / Vorführungen bei

Baudach, Frankfurter Straße 117

Dienstag, den 12. Januar, 6 und 8 Uhr, Mittwoch, den 13. Januar, 4, 6 und 8 Uhr * Eintritt 50 Pf., Kinder 20 Pf.

Stadt-Theater

Montag 8 Uhr:
Die galante Stunde. Aufforderung zum Tanz. Der Dämon.

Dienstag 7½ Uhr:
10144 **Jenufa**

Mittwoch 7 Uhr:
Die Zauberflöte

Vereinigte Theater

Lobetheater
Lessingstr. 8, Tel. Rg. 6774
Montag, 11. Jan., 8 Uhr: Dienstag, 12. Jan., 8 Uhr: **Michael Hundertpfund**
Mittwoch, 13. Jan., 3½ Uhr: **Schneewittchen und die sieben Zwerge**
Mittwoch, 13. Jan., 8 Uhr: **Michael Hundertpfund**

Thaliatheater
Schweidnitzerstr. 3, Tel. Rg. 6700
Montag, 11. Jan., 8 Uhr: Dienstag, 12. Jan., 8 Uhr:
10143 **Der Igel** mit Ludwig Stössel
Mittwoch, 13. Jan., 3½ Uhr: **Die Geschwister Das Apostelspiel**
Mittwoch, 13. Jan., 8 Uhr: **Der Igel**

Schauspielhaus
Operettenbühne. Tel. Stephan 37460.
10134 Täglich 8 Uhr:
Gastspiel Elli Lenx Auftreten Walter Jankuhn
In neuer Ausstattung:
Die Teresina
Sonntag nachmittag 3½ Uhr:
Auftreten Walter Jankuhn
In neuer Ausstattung:
Der Orlow.

Liebich-Theater
Telefon: Stephan 34646.
Täglich 8 Uhr:
Internationales Variété!
Eintrittspreise von 0.75 RM. an
10136
Jeden Sonntag 3½ Uhr:
Nachmittagsvorstellg.
zu halben Preisen.

Leihweise elegante
Frack-, Rock- u. Smoking-Anzüge
A. Paialong
Schneidermeister 5631
Bischofstr. 3.
Telefon Ohle 2779.

Sie sparen viel Geld
wenn Sie Ihre 6657
Herren-Bekleidung neuen Bedarfs auf Teilzahlung
direkt in der Fabrik kaufen.
Winter-Mäntel v. **26.50** an
Anzüge v. **22** an Mk.
Rob. Hänel
Herrenkleiderfabrik
Katharinenstr. 9, I. Stock.

ZIRKUS STRASSBURGER Täglich
Das 5641
Riesen-Programm der großen Welt-Attraktionen!
Sensationell: **E. & P. Lee**
? Schwebende Musik ?
Volkstümliche Eintrittspreise!
Billetts: Barasch und Zirkuskassen

Das Köstritzer Schwarzbier ist meiner Frau ganz ausgezeichnet bekommen. Meine Frau hat bei einem täglichen Verbrauch von je ½ Liter zum Mittag- und Abendessen nie mehr die geringste Störung von seiten des Magen- und Darmkanals gehabt. Das Bier hatte weiter die von mir schon früher beobachtete ausgezeichnete Wirkung auf die Milchabsonderung, so daß der Säugling weiter reichlich Nahrung erhält und prächtig gedeiht.
Dr. med. W. in M. (503)

Köstritzer Schwarzbier
das Bier für Sie!
Erhältlich bei Curt Hientzsch, Biergroßhdlg., Breslau 10, Matthiasstraße 67/71a, Fernspr. Ring 87 und 843, und in allen durch Plakate kenntlichen Geschäften.

Großer Inventur-Ausverkauf

Nur noch wenige Tage!

Trotz denkbar billigster Preise
20%
Rabatt auf alle Waren

Nur noch wenige Tage!

Versäumen Sie nicht diese seltene Gelegenheit!

Größte Auswahl

Baumwollwaren * Wäsche * Trikotagen * Gardinen
Teppiche * Möbelstoffe * Diwandecken * Schlafdecken
Tischdecken * Reisedecken * Vorhangstoffe * Satins
Waffelbettdecken * Dekorationsstoffe
Tuche * Anzug- und Paletotstoffe * Damen-Kleiderstoffe

Fertige Bettbezüge 1 Deckbett, 2 Kissen . . .	nur	**7.80**
Prima Dowlas-Bettücher 120/200 cm groß, Stück	nur	**4.60**
Künstler-Garnituren 2 Langschals, 1 Querbehang	nur	**3.90**
Damast-Vorhänge fix und fertig, mit Ringband .	nur	**5.90**

Nie wiederkehrender Gelegenheitskauf!

Benno Schenk
Neumarkt 9

Schnürsenkel, 2—10 Pf., **Lippert**, Heinrichstr. 16. 5797

Sofort Geld!
Leihamt Rother
Albrechtstraße 43, I.
3046

Inserate erzielen in der "Volkswacht" den größten Erfolg

Bettfedern
kaufen Vertrauenssache. Stadtbekannt ihrens. reell, bill., Friedr.-Wilhelm-Straße 15 (kein Laden). Eingetr. beste Landware, gespulten und ungespulten, selbst der weiteste Weg lohnt sich.

Parteifreunde
kauft an Bahnhöfen, verlangt in Hotels, Restaurants, Cafés stets die
Volkswacht

Eröffnungsanzeige!
Die von mir neu errichtete Apotheke ist unter dem Namen
„Glück auf"-Apotheke
eröffnet, und befindet sich
Zehnerstraße 3a.
Fernsprecher Ohle 3998.
Kurt Wachsmann, Apotheker.
10150

Noch einmal 2 billige Tage!
in der
„Nordsee"
Geschäftsführer: Feodor Trapp.
Neue Bohrauer Str. 2, a. d. Teichst.-Unterführ.
Neue Schmiedebrücke 19, rechts v. Ring aus.
Neue Schweidnitzer Str. 5a, rechts v. d. Gartenstraße.
Achten Sie bitte genau auf Firma und auf die Farbe unserer **Fahne blauweiß** mit goldenem Schlüssel.
Ab Montag früh 8 Uhr mehrere Waggons
darunter allein **20000 Pfund blutfrischer Seelachs**
das Pfund im Schnitt nur **19** Pf.
10146
Fertige Kotelets aus Seelachs Pfd. **40** ₰
ff. frische fette Ostsee-**Sprotten** ¼ Pfd. **12** ₰
Echt Schlesischer **Bratheringe** ¼ Liter-Dose **95** ₰
Alle anderen billigen Preise in den Fenstern.
Fernsprecher: Stephan 31840, 31841, 31842.

Wo kaufe ich meine Photographie-Rahmen
und wo lasse ich meine Bilder am wirkungsvollsten einrahmen?
10153 Nur in der Kunsthandlung
Bruno Wenzel An der Magdalenenkirche Albrechtstraße 11.
Größte Auswahl in ovalen und runden Rahmen in jeder Stilart und allen Preislagen.

Nur 4 Beispiele
aus unserem
= Inventur- =
Ausverkauf

Gummi-Mäntel	prima Köperware, beste Verarbeitung	**11.50**
Eskimo-Paletot	mit Samtkragen, auf pa. Winter-Serge gearb., 1 u. 2reih. 29.75	**27.95**
Herren-Anzüge	aus schönen modernen Stoffen 21.50	**18.50**
Herren-Joppen	mit Fencyfutter, aus guten Ulsterstoffen 13.95	**12.75**

Wir empfehlen in Ihrem Interesse, die außerordentlich günstige Kaufgelegenheit wahrzunehmen
Textil-Ecke
Reuschestraße 27
Ecke Grenzhausgasse
10152

Übler Mundgeruch
wirkt abstoßend. Häßlich gefärbte Zähne entstellen das schönste Antlitz. Beide Schönheitsfehler werden sofort in vollkommen unschädlicher Weise beseitigt durch die Zahnpaste **Chlorodont.** Überall zu haben.

500 Mark Belohnung.
Raubüberfall.

Am 22. November 1925 wurde der Arbeiter Richard Friesel aus Nippern, Kreis Neumarkt im Kadlauer Walde von zwei unbekannten Männern angefallen. Die Täter entrissen ihm eine Aktentasche mit Noten, welche am Morgen desselben Tages am Bahnübergange bei Bruch wiedergefunden wurde.

Am 28. November 1925, wurden gegen 10 Uhr abends, in derselben Gegend, die Geschwister, Arbeiter Paul und Martha Hahn von zwei unbekannten Männern angefallen und in den Kadlauer Wald geschleppt. Die Täter fesselten den Paul Hahn an einen Baum und entrissen ihm eine **Rückenuhr mit silberner Kette, ein Zigarettenetui** und ein **Portemonnaie mit 35 Pf. Inhalt.**

Martha Hahn wurde von den Tätern **vergewaltigt.** Darauf entrissen sie ihr eine an ihrem Rade befestigte **Aktentasche** mit folgendem Inhalt: **ein vergoldetes, herzförmiges Medaillon mit rotem Stein und Kette mit gedehnten Gliedern, eine schwarze Herrenbluse mit roten Streifen,** eine blaue Schürze mit weißgestreiftem Beleg, ein Paar braune Damenstrümpfe, eine Brennschere und verschiedene Photographien.

Von den Tätern fehlt jede Spur. Es ist anzunehmen, daß in beiden Fällen dieselben Personen in Frage kommen.

Beschreibung der beiden Täter:

1. Größe: 1,65 bis 1,75 Meter, bartlos. Alter: etwa 30 Jahre. Dunkler Anzug mit langer Hose, dunkler Ueberzieher, dunkle Schlappmütze.
2. Größe: 1,60 Meter, bartlos. Alter: etwa 35 Jahre. Grauer (feldgrauer?) Anzug mit langer Hose und grauer Hut (dunkle Mütze?)

Der eine Täter nannte den anderen: „Seppl".

Für die Ergreifung der Täter hat der Herr Regierungspräsident eine

Belohnung von 500 Reichsmark

ausgesetzt.

Falls mehrere Personen bei der Ermittelung der Täter mitgewirkt haben, hat sich der Herr Regierungspräsident die Verteilung der Belohnung unter diese unter Ausschluß des Rechtsweges vorbehalten.

Sachdienliche Mitteilungen sind an die Staatsanwaltschaft zu 5 J. 1002/25 zu richten.

Breslau, den 6. Januar 1926.

Der Oberstaatsanwalt. 10157

Druckerei Volkswacht
Moderne, zeitgemäße und exakte
Ausführung aller Drucksachen
preiswert und bei kürzester Lieferzeit
Breslau 2, Flurstraße 4-6.

Für die Redaktion verantwortlich: Fritz Lesche, für die Anzeigen: Max Tasche. — Redaktion: Friedrichplatz 2. — Fernsprech-Sammelnr.: Flurstr. 4. — Druck und Verlag der „Volkswacht", G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36
Telephon: Ohle 3652.

Distrikt 30. Heute abend 7 Uhr, treffen sich die Funktionäre zu einer wichtigen Besprechung im Distriktslokal.

Frauenleiterinnen, deren Stellvertreterinnen und sonstige weibliche Funktionäre finden sich Mittwoch, den 13. Januar, abends 7½ Uhr, im Zimmer 12 des Gewerkschaftshauses, ein. Genosse Dr. Eckstein spricht über: „Die Reform des Familienrechts".

SPD.-Funktionäre städtischer Betriebe. Wegen der Vertrauensleute-Sitzung des Gemeindearbeiter-Verbandes fällt die für Dienstag, den 12. Januar vorgesehene Sitzung aus und findet dafür Montag, den 18. Januar, statt.

Jungsozialisten (jüngere Gruppe). Heute abend Arbeitsgemeinschaft im Gewerkschaftshaus, Zimmer 25. Anfang 8 Uhr.

Jungsozialisten. Morgen abend: Politischer Aussprache-Abend. Anfang 8 Uhr, im Zimmer 25 des Gewerkschaftshauses.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 11. Januar.

Vom Lebensmittelmarkt.

Aus einer Reihe von Großstädten kam die Nachricht, daß man bemüht sei, die Preise zu senken. Das scheint wohl den Anlaß gegeben zu haben, daß man nun endlich auch in Breslau etwas von einer Preissenkung verspürt. Hoffentlich ist das nun der Anfang einer allgemeinen Senkung der Preise, damit diese nun endlich der schweren wirtschaftlichen Notlage weiter Volkskreise angepaßt werden. Begrüßenswert ist vor allem ein Sinken der Butterpreise. Doch andere Artikel, wie Eier, Sirup oder Honig, wollen diesem Beispiele absolut noch nicht folgen. Die Fleischer wollen sich nun auch allmählich dazu bequemen, ihre Preise zu revidieren, zumal die Hausfrauen in der letzten Zeit tatsächlich lieber ein Stück Wild oder Geflügel kauften als das teure Fleisch. So konnte man in dieser Woche Rindfleisch zur Suppe mit 80 und 90 Pf., Rindfleisch ohne Knochen mit 1 Mark bis 1,20 Mark, Schweinefleisch von 1 Mark ab und Hammelfleisch von 80 Pf. das Pfund an kaufen. Mit solchen Preisen dürften sich die Fleischereien auch bald wieder die Sympathie der Hausfrauen erwerben, die jetzt gezwungen sind Gefrierfleisch zu kaufen. Das Gefrierfleisch wird als Suppenfleisch für 66 Pf., die besseren Stücke vom Rind für 0,95 und 1 Mark das Pfund verkauft. Frischer Speck und Lungenfett werden in den Fleischereien gegenwärtig zu einem Pfundpreise von 1,10 Mark abgegeben. Schweinsgelinge kostet 60 Pf., Schweinsnieren 1,20 Mark und Spitzbeine 40 Pf. das Pfund. Das ausgelassene Schmalz wird zu 1,40 Mark und 1,50 Mark, Wurstfett zu 80 und 90 Pf. das Pfund, verkauft.

Die Fischgeschäfte haben wieder große Posten Seefische herangeschafft. Besonders billig wurde Seelachs im Schnitt zu 19 Pf. das Pfund abgegeben. Goldbarsch kostete 25 und 30 Pf., Schellfisch 33 Pf., Kabliau 55 Pf., Schollen 35 Pf. und Fischkoteletts 80 Pf. das Pfund. Die lebenden Karpfen haben jetzt einen Pfundpreis von 1,50 bis 1,70 Mark; für lebende Hechte zahlte man 1,60 Mark, für geschlagene 1,25 und 1,30 Mark. Schleien kosten 1,80 und 1,90 Mark das Pfund und große Bleien 90 Pf. und 1 Mark. Geschlagene Bleien konnte man mit 70 Pf. das Pfund kaufen. Kleine Weißfische kosten 40 Pf. das Pfund und lebende Flußaale 3 Mark das Pfund. Ein besonders billiges Angebot an Räucherwaren waren Danziger Fettsprotten das Pfund zu 45 Pf. Die goldgelben echten Kieler Sprotten kosteten im Viertelpfund 35 Pf. Für geräucherten Dorsch zahlt man 40 Pf. pro Pfund, für Seelachs und Rochen 80 Pf. das Pfund. Ostseeflundern wollten mit 1,40 Mark das Pfund bezahlt sein. Kleine Räucheraale wurden in Bündeln mit 1,10 Mark verkauft.

In den Wild- und Geflügelhandlungen ist vor allen Dingen Wild in großer Auswahl vorhanden. Reh- und Hirschfleisch ist in den verschiedensten Qualitäten zu haben. Rehkochfleisch wird zu 40 Pf. das Pfund verkauft, Rehblätter haben einen Pfundpreis von 1,30 Mark und Rehkeule und -Rücken einen solchen von 1,80 und 1,90 Mark. Wilde Kaninchen haben einen Stückpreis von 1,80 bis 2,50 Mark. Fasanen bieten sich zu 3,50 bis 4,50 Mark das Stück an und Mastputen zu 1,40 Mark das Pfund. Hasen und Hasenteile liegen in großer Auswahl bereit. Für einen Hasenrücken oder zwei Keulen zahlt man 2 bis 2,75 Mark, für einen ganzen Hasen ohne Fell 5 bis 6 Mark. Auch die Auswahl an Gänsen ist noch immer recht groß. Eier werden zum Stückpreise von 16 bis 19 Pf. verkauft. Für das Pfund Weißkäse zahlt man 25 und 30 Pf., für das Pfund Sirup 30 und 40 Pfennig.

Vorzüglich sind noch immer alle Gemüsesorten, doch leider erhöhten besonders die Krautsorten in den letzten Wochen ihre Preise. Schöner Rosenkohl hat einen Pfundpreis von 60 Pf. und 80 Pf. kostet das Pfund Rapunzel. Blumenkohl wurde zu 20 bis 80 Pf. die Rose verkauft. Der krause Grünkohl fordert 10 Pf. für das Pfund. Spinat 20 und 30 Pf. Schöne Mohrrüben haben einen Pfundpreis von 10 Pf. Diesen Preis verlangen auch rote Rüben und Kohlrüben. Weißkohl wird für 8 bis 10 Pf., Welschkraut und Rotkohl für 15 Pf. bis 20 Pf. das Pfund abgegeben. Für Sellerie oder Petersilienwurzeln zahlt man 25 Pf., für Teltower Rübchen 25 und 30 Pf. und für Maronen 40 Pf. Kürbis wird für 8 bis 10 Pf. das Pfund verkauft. Tomaten zu 60 und 80 Pf. das Pfund. Zwei Bündchen frischer Schnittlauch werden für 15 Pf. abgegeben. Die Delikatessgeschäfte bieten geradezu märchenhafte Sachen an. Neben den wunderbar zurecht gemachten Mayonnaisen und Salaten liegt französischer Spargel und frische Champignons. Leckerbissen für die oberen Zehntausend!

Den Obsthandel beherrschen nun die Apfelsinen, aber auch süße Weintrauben das Pfund zu 80 Pf. bis 1 Mark sind noch zu haben. Allerlei schöne Auslandsäpfel zu 40 Pf. bis 1 Mark locken zum Kauf an. Preiswert werden jetzt auch die Bananen abgegeben, zu 10 und 15 Pf. das Stück.

Die Blumengeschäfte warten mit Alpenveilchen und wohlriechenden Hyazinthen auf.

Zu erwähnen sind noch die Butterpreise. Landbutter wird für 1,50 bis 1,70 Mk., schlesische Molkereibutter für 1,70 bis 1,90 Mark, dänische für 2,30 Mark und sibirische Butter mit 1,62 Mark verkauft. Gemessen an diesen Butterpreisen müßte als Folge die Milch erheblich billiger werden. Es ist dies zwar nur ein kleiner Anfang, doch hoffen wir das Beste.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Die bestellten großen Bilder von der seinerzeitigen Aufnahme können im Büro in Empfang genommen werden. Gleichzeitig gelangen auch noch Bilder gegen Entrichtung von 2 Mark im Büro zur Ausgabe.

Es wird nochmals auf die am Dienstag, den 12. Januar, abends 8 Uhr, stattfindende Zusammenkunft der Hamburgfahrer hingewiesen. Jeder, der beabsichtigt, an der Feier in Hamburg teilzunehmen, muß sich zu dieser Besprechung einfinden, da alles für die Fahrt erforderliche besprochen werden soll.

Die Arbeit der Breslauer Sozialdemokratie 1925.

Allgemeines.

Das jahrelange Bestreben, den Tätigkeitsbericht bei Wiederkehr normaler Verhältnisse so wie vor dem Kriege in Broschürenform erscheinen zu lassen, wird nunmehr, das sei hier ausdrücklich festgestellt, als endgültig gescheitert angesehen werden können. Mehrere Umstände tragen dazu bei und zwar 1. die Tatsache, daß umfangreichen Darstellungen nicht das Interesse entgegengebracht wird, als Zeit- und Geldaufwand erforderten, 2. und das ist die Hauptursache, hat der Sozialdemokratische Verein Breslau seine frühere Selbständigkeit infolge Aufgehen in die Bezirksorganisation Mittelschlesien eingebüßt, wodurch ihm nur derselbe Charakter wie jeder anderen kleinen Ortsgruppe des Bezirks eingeräumt wurde. Jedenfalls wird das Wirken der Ortsgruppe Breslau, von der wir nun sprechen können und müssen, im Bericht der Bezirksorganisation, der wahrscheinlich broschiert herausgegeben werden dürfte, noch gewürdigt werden. Deswegen und des beschränkten Raumes der „Volkswacht" wegen, werden wir uns bemühen, in aller Kürze die wesentlichsten Ereignisse herauszuschälen. Zu beachten ist ferner, daß der diesjährige Bericht erstmalig, infolge des Beschlusses des Parteitages in Heidelberg, mit dem 31. Dezember schließt, weil sich von jetzt an das Geschäftsjahr der Partei dem Kalenderjahr anpaßt.

Das hinter uns liegende Jahr, in das wir mit großen Hoffnungen infolge des an seiner Schwelle errungenen Wahlerfolges für unseren Genossen Otto Braun bei der Präsidentenwahl am 29. März gegangen waren, war reich an Enttäuschungen für das Proletariat. Die unter dem starken, unheilvollen Einfluß der Deutschnationalen stehende Reichsregierung Luther setzte ihren volksfeindlichen Kurs nach der Wahl des „Retters" Hindenburg in immer stärkerem Ausmaße fort. Die von dieser Regierung betriebene Politik in der Aufwertungs-, Zoll- und Steuergesetzgebung führte eine gewaltige Teuerung aus und belastete die schaffenden Schichten des Volkes in ungeheurem Ausmaße. Dagegen hat sich unsere Partei mit den schärfsten parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln gewehrt, leider erfolglos. Wir wiesen fortgesetzt auf die schädlichen Folgen einer solchen Politik hin, und unsere Voraussagen fanden leider allzu bald ihre Bestätigung in der furchtbaren Wirtschaftskrise, die zu einer Arbeitslosigkeit im größten Ausmaße führte. Das Gespenst des Hungers geht um! Not und Elend und eine in ihren Grundfesten erschütterte Wirtschaft sind die Folgen eines Jahres rechtsbürgerlicher deutschnationaler Regierungskunst. Die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten ließ die Herzen vieler deutscher Spießer höher schlagen. Ein gründlicher Wandel der deutschen Außenpolitik wurde vorausgesagt. Doch selbst unter Hindenburg fand die Außenpolitik ihre Fortsetzung, wegen der Erzberger und Rathenau ermordet wurden. Sie führte nach Locarno, das zum Entsetzen aller Unentwegten mit Hindenburgs Unterschrift seine Besiegelung fand. Zwei Wahlen fanden in der Berichtszeit statt, und zwar der 2. Wahlgang der Präsidentenwahl am 27. April und die Wahlen zum Provinziallandtag am 29 November.

Verwaltungen und Versammlungen.

Die immerwährende politische Hochspannung und die Wahlkämpfe erforderten eine intensive Tätigkeit des Vorstandes, des Sekretariats und der anderen Körperschaften. Der engere Vorstand trat zu 14 Sitzungen zusammen, um die organisatorischen und sonstigen Verwaltungsarbeiten zu erledigen. Er tagte ferner neunmal zusammen mit dem Erweiterten Vorstand zur Vorbereitung der Wahlen und anderer die Agitation betreffender Fragen. Siebenmal wurden die Frauenleiterinnen zusammenberufen, um teils belehrende Vorträge zu hören, teils die besonderen Fragen der Agitation unter den Frauen zu besprechen.

Vier Funktionärversammlungen dienten der Besprechung politischer Probleme und der Vorbereitung von Wahlen. In einer derselben sprach der Genosse Jodel, Landtagsabgeordneter der Tschechoslowakei, über ein außenpolitisches Thema.

292 Distriktsversammlungen, 54 Frauenversammlungen und 22 Abteilungsversammlungen zeugen von dem rege pulsierenden Leben, das unseren Organisationskörper erfüllt, und nahmen Stellung zu den verschiedensten Tagesfragen der großen und kommunalen Politik. Dazu kommen noch eine große Zahl Wahlhelferzusammenkünfte und Funktionärversammlungen der Distrikte, die statistisch nicht erfaßt wurden. Großes ist auch wieder geleistet worden von den Genossinnen und Genossen, die dem mühsamen Geschäft des Beitragskassierens obliegen. Sie gaben durch ihre Unermüdlichkeit und Pflichttreue der Partei erst die Möglichkeit, die großen an sie herantretenden Pflichten zu erfüllen. Allen denen, die als Referenten bei Wahlen außerhalb und sonst in den Distrikten, die als Flugblattverbreiter, Beitragskassierer, Distriktsführer, Frauenleiterinnen, Abteilungsleiter und sonstige Funktionäre ihre Pflicht erfüllten, sei an dieser Stelle gedankt. Dank gebührt auch, und das sei besonders vermerkt, den Arbeiter-Samaritern und S.O., die bei jeder Versammlung, und ganz besonders den Wahlen, stets ihren Mann standen. Vier Mitgliederversammlungen und drei Generalversammlungen gaben allen Genossen Gelegenheit, ihre Entscheidung bei der Aufstellung von Kandidaten und zu anderen politischen Fragen zu treffen. Von denen besonders hervorzuheben sind der Beschluß gegen die Einführung der Sterbeunterstützung und gegen den Eintritt in die Große Koalition.

Bei den Urwahlen zum Parteitag in Heidelberg wurden gewählt die Genossin Ehrlich und die Genossen Karl Pietsch und Lütke.

Unser Bemühen, in den Gewerkschaften und Betrieben, sowie bei den Beamten in besonderen Veranstaltungen tätig zu sein, fand leider nicht den Anklang wie im Vorjahre. Dennoch können wir mit Freuden konstatieren, daß diese Veranstaltungen ganz wesentlich zum Erstarken unserer Organisation, über die wir erfreulicherweise berichten können, beigetragen hat.

In der Berichtszeit fanden 22 öffentliche Versammlungen statt, in denen die verschiedensten politischen Probleme behandelt wurden und zwar warben wir für den gemeinsamen republikanischen Reichspräsidentschaftskandidaten in 4 Versammlungen am 17. April. Am 20. April sprach im Zentralballsaal der frühere preußische Handelsminister Genosse Siering über dasselbe Thema und am 22. April legte in einer überfüllten Versammlung im Schießwerder der preußische Innenminister Genosse Severing in überzeugenden Worten dar, warum es Pflicht jedes Republikaners sei, für Marx bei der Wahl einzutreten. Kurz nachdem Hindenburg Reichspräsident geworden, nahm die Aufwertungskomödie ihren Fortgang und beschäftigte für längere Zeit die ganze öffentliche Meinung. Damit die an dieser Frage besonders interessierten Bevölkerungsschichten einmal aus berufenem Munde den sozialdemokratischen Standpunkt zu dieser Frage kennen lernten, gewannen wir für den 11. Juni den Reichstagsabgeordneten Genossen Keil als Redner zu einer gut besuchten Versammlung im Gewerkschaftshause. Am 22. Juni eröffneten wir den Kampf mit öffentlichen Versammlungen gegen die Zollpläne der Rechtsregierung im Zentralballsaal, wo die Reichstagsabgeordnete Genossin Juchacz vor einer gut besuchten Versammlung sprach. 9 Werbeversammlungen in den verschiedensten Stadtteilen, mit dem Thema: „Was die Retter versprachen und wie sie das Volk betrogen!" gaben am 2. November den Auftakt zur Werbewoche und Provinzial-Landtagswahl. Die Genossinnen Ansorge und Zils-Eckstein, sowie die Genossen Mache, Kremser, Ziegler, Hugo Frey, Karl Pietsch, Eckstein und Lütke rechneten scharf in diesen allgemein überfüllten Versammlungen mit der Politik der Rechtsregierung ab und stellten besonders das Märchen vom Preisabbau in das richtige Licht. Ein voller Erfolg für unsere Partei war die am 20. November im Gewerkschaftshaus stattgefundene Versammlung, in der Genosse Burrmann aus Bunzlau in grobartiger Weise die Bedeutung der Provinzial-Landtagswahlen dem Proletariat klarmachte. Dem gleichen Zwecke dienten 4 öffentliche Versammlungen am 27. November im Gewerkschaftshaus, Bräuer, Gabitzstraße, Zentralballsaal und Sanssouci, wo die Genossen Bandmann, Mache, Karl Pietsch, Dr. Hamburger und Genossin Reißer einen letzten Appell an die Wählerschaft richteten. Diese Versammlungen waren alle überfüllt.

Oeffentliche Kundgebungen.

Während der Zeit, als im Reichstag die Bedrückungsgesetze gegen die Arbeiterschaft beraten wurden, riefen, wir gemeinsam mit den freien Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-Gewerkschaften, das schaffende Volk unter der Parole „Volk wehre dich", zu einer großen, wuchtigen Protestkundgebung auf. Diese fand am 9. Juli auf dem Benderplatz (Roßplatz) unter riesiger Beteiligung statt. Gegen 60 000 Menschen füllten nach Arbeitsschluß den großen Platz, wo die Genossen Ernst Zimmer, Russert, Kremser und Lütke in zündenden Worten die Brutalität der Ausbeutungspläne der Rechtsregierung geißelten. Ein wuchtiger Demonstrationszug nach dem Neumarkt gab dieser gewaltigen Willenskundgebung des Proletariats den Abschluß. Eine auf den 24. Juli nochmals festgesetzte Kundgebung auf dem Neumarkt litt stark unter der Ungunst des Wetters.

Sonstige Veranstaltungen.

Am 2. Ostersiebertag waren es 100 Jahre, daß Ferdinand Lassalle in unserer Vaterstadt das Licht der Welt erblickte. Wir haben es uns nicht nehmen lassen, an diesem Tage erneut das Gelöbnis abzulegen, seiner Bahn zu folgen. Nach einer würdigen Feier im Gewerkschaftshause, zu der vom Parteivorstand der Gesamtpartei der Genosse Molkenbuhr erschienen war, und wo der bekannte Professor Meyer aus Berlin die Verdienste des großen Toten würdigte, zogen wir mit unseren Fahnen nach dem Friedhof an der Lohestraße zum Grabe Lassalles. Noch einmal bot sich im verflossenen Jahre Gelegenheit den Toten zu ehren und zwar am 31. August, dem Todestage, wor wir zusammen mit dem ADGB. einen Kranz niederlegten. Die anläßlich des Gewerkschafts-Kongresses anwesenden ausländischen Genossen gaben durch Ansprachen diesem Akt eine besondere Bedeutung.

Unter Riesenbeteiligung feierte die Breslauer Arbeiterschaft den 1. Mai durch Arbeitsruhe. Der Umzug war einer der imposantesten der letzten Jahre.

Die Verfassungsfeier begingen wir gemeinsam mit dem Reichsbanner. Es sprach der Genosse Philipp, der ehemalige Oberpräsident.

In würdigster Form, unter Riesenbeteiligung und Mitwirkung der Arbeiterjugend sowie des Männerchors Breslau und des Genossen Schützinger als Referenten feierten wir den 9. November.

Wahlen.

Zwei Wahlkämpfe gaben uns Gelegenheit, unsere Kräfte mit dem Gegner zu messen. Bei der Hindenburgwahl behaupteten wir uns gut. Hätte sich überall die Bevölkernug so entschieden wie in Breslau und Schlesien gewehrt, würde Hindenburg nicht Eberts Nachfolger geworden sein. Trotz starker Bedenken gegen den Zentrumsmann Marx, hielten unsere Parteigenossen, von einigen Ausnahmen abgesehen, mustergültig Disziplin und befolgten die Parole der Partei.

Bei der Provinziallandtagswahl, die unter äußerst schwacher Beteiligung vor sich ging, war es uns möglich, unseren prozentualen Anteil auf 41 Prozent aller abgegebenen Stimmen zu steigern. Nur noch 9 Prozent fehlen uns bis zur Hälfte aller Stimmen. Nützen wir die Zeit gut, sorgen wir für Erstarkung der Partei und tragen die so sehr notwendige Aufklärung ins Volk, dann dürfte die Zeit nicht fern sein, daß auf Breslaus Zinnen die Fahne der roten Mehrheit weht. 34 Stadtverordnete von 83 wären unser, gemäß dem Ergebnis der Provinzial-Landtagswahl. Die noch fehlenden 8 Prozent zur Mehrheit zu gewinnen, muß das Ziel unserer Arbeit im neuen Jahre sein, das wahrscheinlich Stadtverordnetenwahlen bringen dürfte.

Unsere Toten.

Leider sind auch in diesem Jahre eine ganze Anzahl alter, treuer Gefährten im Kampfe von uns ggangen. Vor vielen senkten wir unser altes Kampfpanier, wir werden sie in gutem Andenken halten.

Ueberschauen wir das hier festgehaltene, so zeigt sich uns eine gewaltige Fülle geleisteter Arbeit. Auf der vorjährigen Generalversammlung wurde ein Antrag angenommen, der den Vorstand verpflichtete, eine umfassende, systematische Agitation zur Verbreitung der sozialistischen Weltanschauung unter allen Berufsständen der Breslauer Bevölkerung einzuleiten. Wir haben uns bemüht, in dieser Richtung zu wirken. Acht Flugblätter in einer Auflage von rund einer Million, wurden verbreitet, eine Werbewoche, Werbeversammlungen brachten gute Resultate, Umzüge, Massenkundgebungen warben für unsere Sache und nahmen Stellung zu den brennendsten politischen Fragen. Jede sich bietende Gelegenheit nutzten wir im Interesse der Sache. Wir haben die Kräfte der Funktionäre und Genossen oftmals bis zum äußersten angespannt, und auch Erfolge erzielt, die sich in der Zunahme der Mitglieder- und Wählerziffern zeigten, aber zufrieden sind auch wir mit dem Ergebnis nicht. Auch uns ist das Tempo unseres Fortschreitens zu langsam.

Mehr zu erreichen sei das Ziel unserer Arbeit im neuen Jahr.

Die Arbeit auf dem Rathause.

Sehr umfangreich ist die Arbeit, die von unserer Partei auf dem Rathause zum Wohle der Allgemeinheit geleistet wird. Die etwa vierstündigen Stadtverordneten-Sitzungen sind dabei das Wenigste, während sich die meiste Arbeit ungesehen in den Ausschüssen, Deputationen und Kuratorien abspielt. Leicht haben es unsere Genossen und Genossinnen nicht, und der praktischen Erfolge sind nur wenig, seit bei der letzten Wahl die sozialdemokratische Mehrheit in eine Minderheit von 35 unter 83 verwandelt wurde. Der Bürgerblock regiert, was schon in der Besetzung des Büros zum Ausdruck kommt. Unser Genosse Bandmann hat dem deutschnationalen Dr. Friedrich als Vorsteher den Platz geräumt, dank dem Umstande, daß das Breslauer und schlesische Zentrum andauernd mit der Reaktion seine Geschäfte macht. Unsere Fraktion hat es abgelehnt, sich an einem Büro zu beteiligen, wo ein Deutschnationaler den ersten Platz einnimmt, nachdem diese Partei andauernd mit den ungeheuerlichsten Lügen gegen die Sozialdemokratie und die Republik gearbeitet hat. Alle neuerlichen Wahlen haben deutlich gezeigt, daß die schwarz-weiß-rote Herrlichkeit nicht von langem Bestande sein wird, und Neuwahlen zur Breslauer Stadtverordnetensammlung wieder eine beträchtliche Stärkung unserer Partei bringen werden. Nachdem das Zentrum auch in diesem Jahre

Besucht heut Abend die Distrikts-Versammlungen!

seiner Liebe zur Reaktion treu geblieben ist, gilt es, die katholische Arbeiterschaft immer entschiedener auf diese Tatsache hinzuweisen.

Vettern- und Futterkrippenwirtschaft ist das hervorstechende Moment der Bürgerblockpolitik. Der um den Ruf der Stadt Breslau hochverdiente Stadtbaurat Berg wurde unter Fortzahlung seines Gehalts bis zum Ablauf seiner Amtszeit und späterer Pension aus dem Dienst entlassen, denn Berg kam aus dem Krieg als Sozialdemokrat zurück, und es galt, den Platz für einen Schwarz-Weiß-Roten freizumachen. Dasselbe wurde erst neulich auch mit Stadtrat Dr. Landsberg versucht, wenn dieser Versuch auch mißglückte, und in derselben Richtung liegt die Hetze gegen unseren vom Magistrat zum Stadtschulinspektor gewählten Genossen Schremmer, statt dessen man einen schwarz-weiß-roten Rektor in Aussicht genommen hatte. Die wichtigsten Aemter werden von dem herrschenden Bürgerblock ohne Ausschreibung besetzt, sobald man nur einen Gesinnungsfreund als Bewerber gefunden hat.

Nicht selten hat die Arbeit des Bürgerblocks öffentliche Empörung ausgelöst. Da man sich auf die Berichterstattung der kapitalistischen Presse verlassen darf, galt es deshalb nur, unliebsame Zeugen aus dem Zuhörerraum fernzuhalten. Deshalb wurden die Eintrittskarten zur Zuhörertribüne eingeführt, so daß es nun Mühe kostet, der Versammlung als Zuhörer beizuwohnen.

Nachdem bei der letzten Wahl in allen Tönen das Lied von der „sozialdemokratischen Mißwirtschaft" gesungen worden war, kam im September 1925 endlich der Finalabschluß für 1924 heraus. Er ergab einen Ueberschuß von mindestens vier Millionen Goldmark, wobei sicher noch weitere Millionen als Reserven aufgespart worden sind. Heute sind unter der Retterregierung im Reiche und dem Bürgerblock in Breslau die Finanzen der Stadt so heruntergewirtschaftet, daß es hochverzinslicher schwebender Schulden bedarf, um nur Löhne und Gehälter noch rechtzeitig auszahlen zu können, wobei niemand weiß, wie lange auch das noch möglich sein wird, sind doch andere Städte in der Pleite bereits vorausgegangen. Für Kulturaufgaben hat der Bürgerblock nun überhaupt nichts mehr übrig.

Eine Weile durfte der Bürgerblock von Vergangenem zehren. 250 000 Mark konnten zur Anschaffung der Autobusse verwendet werden, die jetzt eine Linie befahren. Bald darauf reichte es noch auf 2 840 000 Mark zur Erweiterung des Elektrizitätswerks, wofür sogar später noch einmal 2 300 000 Mark bewilligt werden konnten. Seht euch auch die schönen neuen Straßenbahnwagen an, wie sie zum Beispiel auf der Linie 18 verkehren. Dreißig Motorwagen und vierzig Anhängewagen konnten noch vom vorjährigen Gelde gekauft werden. Im Mai war auch noch genügend Geld da, um das Rittergut Pohlanowitz kaufen zu können. So gut war früher im voraus für das Wohl der Stadt und der Bürgerschaft gesorgt worden, um endlich die Folgen des Krieges zu überwinden. Heut aber gibt es nur noch eins, den Notstand zu lindern, den die Politik der Raffgier im ganzen Lande erzeugt hat. Im vorigen Jahre hat das Wohlfahrtsamt zwei Millionen weniger auszugeben gehabt, als vorgesehen waren, in diesem Jahre mußten zu den 16½ Millionen, die vorgesehen waren, bereits 4,7 Millionen hinzubewilligt werden, dazu noch 120 000 Mark zum Bau von Wohnbaracken für Exmittierte, 140 000 Mark für Notstandsarbeiten, denen bald noch ganz ungeheure Summen für diesen Zweck folgen müssen.

Ehe es soweit gewesen ist, dachte man noch rasch an den Abbau der Wertzuwachssteuer, die in Breslau ohnedies zu niedrig ist. 100 000 Mark den Grundstücksspekulanten zu schenken, war die edle Absicht, man schwamm ja noch im Gelde oder glaubte noch zu schwimmen. Unsere Genossen haben dafür verlangt, einen Fonds mit jährlich 100 000 Mark zu speisen, um Minderbemittelten Wohnungsbauzuschüsse über das gewöhnliche Maß hinaus leihweise zu gewähren. Heut kann selbst der Bürgerblock auf keine Steuern mehr verzichten, seine betrogenen Wähler werden bald den rechten Begriff davon bekommen, was Mißwirtschaft mit öffentlichen Geldern ist.

Wollte man einerseits den Bodenspekulanten gleich 100 000 Mark auf einmal schenken, so trieb man andererseits auf den städtischen Friedhöfen eine andere Art „Bodenpolitik". Aus bloßer Unduldsamkeit gegen Andersdenkende wurden die Preise für das kleine Fleckchen Erde für ein Urnengrab von 40 auf 50 Prozent des Preises für ein Erdgrab erhöht. In diese ganze Art paßte auch, daß am 4. Juni ein deutschnationaler Redner (Bujakowski) verlangte, daß die Hypothekenaufwertung höchstens 15 Prozent betragen dürfe, und die Mieten auf 130 Prozent der Friedenshöhe festzusetzen seien.

Es hieße das wahre Bild verschleiern, wollten wir im Anschluß an diese Tatsachen im einzelnen darlegen, was unsere Fraktion im Laufe des vergangenen Jahres geleistet und erreicht hat. Selbst der in einem Kampfe von Jahresdauer erreichte Erfolg der Herabsetzung des Gaspreises auf achtzehn Pfennige ist in Gefahr, wieder verloren zu gehen, denn woher wird der Bürgerblock die Mittel nehmen, um weiter wirtschaften zu können, da die Besitzenden nach seiner Ansicht so wie so schon viel zu hoch belastet sind. Nach verschiedenen in der Stadtverordnetenversammlung von dieser Seite gefallenen Aeußerungen soll es angeblich heut überhaupt keine Besitzenden mehr geben. Im übrigen wissen die Leser der „Volkswacht", daß im verflossenen Jahre kaum eine Stadtverordnetensitzung gewesen ist, in der nicht sozialdemokratische Anträge zugunsten der arbeitenden Bevölkerung und aller sonstigen Notleidenden zur Verhandlung gestanden haben. Die Zustände im Asyl für Obdachlose und in der Lehrkolonie Zimpel wurden schonungslos aufgedeckt und auf Besserung gedrungen, den Erwerbslosen und Notstandsarbeitern wurde bei jeder Gelegenheit beigestanden, und ebenso den städtischen Arbeitern. Daß Ostern 1926 die erste Aufbauschule in Breslau entstehen wird, die begabte Volksschüler bis zur Universitätsreife bringt, und daß in den städtischen Volksschulen nun der obligatorische Haushaltsunterricht zur Einführung kommt, sind Erfolge unserer Partei von bleibendem Wert. Auch der Bau von Turnhallen und die Einrichtung neuer Badeanstalten sind uns zugeschrieben worden. Das Andenken des leider zu früh verstorbenen ersten Reichspräsidenten ist auf Bestimmung unserer Genossen dadurch geehrt worden, daß die schöne verlängerte Tiergartenstraße als Friedrich-Ebert-Straße umbenannt wurde.

Die Erfolge unserer Fraktion stehen, bei allem Pflichteifer, infolge der heutigen Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung, in keinem Verhältnis zu der aufgewendeten Mühe. Mit Vernunftgründen ist den eingefleischten Besitzervertretern eben nicht beizukommen. Auch die kommunalen Fragen sind Machtfragen, die so oder so gelöst werden, je nachdem wer gerade an der Macht ist. Und die Macht hat heut der Bürgerblock. Erst Neuwahlen können daran wieder etwas ändern.

SPD., Ortsgruppe Breslau,
Der Vorstand.

„Die neue Gesellschaft"

der Film der Arbeiter-Olympiade, hat in der Breslauer Arbeiterschaft großen Anklang gefunden. Es ist der Leitung der Breslauer Arbeitersportler gelungen, den Film noch für zwei weitere Tage zurückzubehalten. Einem vielfach geäußerten Wunsch entsprechend finden die Vorführungen in der Weltaufstadt, im Lokal von Bindoch, Frankfurter Straße 117, und zwar Dienstag, den 12. und Mittwoch, den 13. Januar, statt. Die Eintrittspreise sind um Massenbesuch zu ermöglichen, auf 50 und 30 Pfennige herabgesetzt. Näheres im heutigen Inserat.

Skandalöses vom Breslauer Adreßbuch.

Das Breslauer Adreßbuch für 1926 ist erschienen im Verlage von August Scherl in Berlin und macht diesem Verlage anscheinend auch alle Ehre. So findet man unter „Konsumvereine" zwar den alten „Breslauer Consum-Verein", der kaum als solcher anzusprechen ist, der Konsumverein „Vorwärts" aber ist nicht aufgenommen worden. Zufällig, ein Versehen, so etwas kann vorkommen, möchte man annehmen, aber nein! Wir sehen unter „Zeitungen" nach und finden dort Blätter von der Bedeutung der „Nachtpost" und der „Schlesischen Volksstimme" verzeichnet, die „Volkswacht" aber nicht und die „Breslauer Zeitung" auch nicht. Was links vom alten „Breslauer Consum-Verein" und vom „Generalanzeiger" steht, existiert also für August Scherls Adreßbuch nicht. Man sieht also, wie wenig unparteiisch selbst ein Adreßbuch sein kann, wenn es in einem schwarz-weiß-roten Verlage erscheint.

Ein neuer Verein für Seidenraupenzucht in Schlesien

hat sich am 9. Januar in Breslau konstituiert. Der Provinzialverband Schlesischer Gartenbauvereine hatte zu diesem Zweck am Sonnabend eine Versammlung ins Vinzenzhaus einberufen, die von Interessenten aus allen Teilen der Provinz Schlesien, darunter auch zwei Regierungsvertretern, besucht war. Bisher hat der Provinzialverband schlesischer Gartenbauvereine mit Unterstützung des Regierungspräsidenten es sich zur Aufgabe gemacht, die Seidenraupenzucht in Schlesien weitgehendst zu fördern. Durch den nunmehr erfolgten besonderen Zusammenschluß der Seidenraupenzüchter soll unter anderem hauptsächlich eine Vermittelung von gutem Zucht- und Pflanzenmaterial und ein möglichst günstiger Verkauf der fertigen Cocons und Austausch der Erfahrungen erreicht werden.

Rektor Rentwig aus Ratibor legte, aus seinen Erfahrungen schöpfend, die Bedeutung der Seidenraupenzucht im volkswirtschaftlichen Sinne, sowie die Wirtschaftlichkeit selbst, eingehend dar. Ein reichhaltiges Anschauungsmaterial über alles zur Seidenraupenzucht gehörige wurde den Versammlungsbesuchern vorgelegt und fand lebhaftes Interesse.

Wenn man in Betracht zieht, daß Deutschland im Jahre 1913 z. B. die Summe von 250 Millionen Mark für Seide ans Ausland gezahlt hat, so verdient diese neue Vereinsgründung in der Tat Beachtung und Unterstützung. Um so erfreulicher ist es, daß staatliche Unterstützungen hier bereits geleistet wurden und auch weiterhin dem Verein zugewendet werden sollen.

Arbeiter-Jugend.

Funktionäre. Morgen abend, pünktlich 8 Uhr. Nur Funktionäre haben Zutritt.

Von den Arbeiterkinderfreunden.

Helfer. Mittwoch, pünktlich 8 Uhr, Zimmer 25 des Gewerkschaftshauses: Fortsetzung unseres „Tännich-Kursus" und Erledigung wichtiger organisatorischer Angelegenheiten.

Alle Kinder, die Ostern zur Schulentlassung kommen, treffen sich Sonntag früh um 8 Uhr an der Rathenaubrücke (frühere Gröschelbrücke) zu einem Halbtagsausflug. Die Treffpunkte für die einzelnen Gruppen teilt der Gruppenleiter mit.

Singechor. Dienstag, 5 Uhr, Treffen Stadtgraben, Ecke Ohlauer Straße. Nachdem wir nun ein paar Uebungstage ausgesetzt haben, müßt ihr alle wieder vollzählig erscheinen.

Liebe Eltern und Kinder. Bei unserem Elternfest im Februar muß auch eine starke Musikgruppe mitwirken. In einer Gruppe ist ein guter Anfang gemacht worden. Aber es sollen sich die Musikanten aus allen Gruppen an unserer Musikgruppe beteiligen. Die Musikanten treffen sich jeden Dienstag, pünktlich 4½ Uhr, bei Genossen Geppert, Gabitzstraße 93, Hinterhaus, 3. Etage. Wo der Vater arbeitslos ist oder wenig verdient, wird das eventuelle Fahrgeld vom Gruppenleiter zurückerstattet.

Gruppe 1 (Ohlauer Tor). Heim Volksschule, Ofener Straße. Montag, 5 Uhr, Basteln der Mädels. Mittwoch, 5 Uhr, Basteln der Jungens. Freitag, 5 Uhr: gemeinsame Feierstunde mit der Gruppe 2.

Gruppe 2 (Scheitnig). Aus technischen Gründen können wir diese Woche noch nicht in unserem Heim zusammenkommen. Wir treffen uns aber am Freitag, pünktlich 4½ Uhr, am Brausebad zu einer gemeinsamen Feierstunde mit Gruppe 1.

Gruppe 3 (Oderior). Immer noch Ferien?

Gruppe 4 (Nikolaitor). Mittwoch, 5 Uhr, findet nun endlich unsere Weihnachtsfeier in der Volksschule Krischkestraße, statt. Donnerstag 5 Uhr Volksschule Krischkestraße, Spiel und Tanz. Freitag, 5 Uhr, Volksschule Berliner Straße, Arbeitsnachmittag.

Gruppe 5 (Gräbschen). Freitag, 4½ Uhr, treffen sich alle Kinder Herder-, Ecke Yorckstraße.

Gruppe 6 (Strehlener Tor). Heim S.A.J.-Baracke, Teichäcker. Montag, 5 Uhr, Basteln der Jungens, Dienstag, 5 Uhr: Basteln der Mädels. Donnerstag Zusammenkunft der zur Schulentlassung Kommenden. Freitag, 5 Uhr, Büchertausch und Brettspiele. Brettspiele mitbringen. Montag und Mittwoch Spargeld mitbringen.

---

* **Stadttheater.** Montag, 8 Uhr: „Die galante Stunde", „Aufforderung zum Tanz", „Der Dämon". Dienstag, 7½ Uhr: „Jenufa".

* **Lobetheater.** Montag und Dienstag, 8 Uhr: „Michael Hundertpfund".

* ~~**Thalia-Theater.** Montag und Dienstag, 8 Uhr: „Der Jagel".~~

* **Schauspielhaus.** Täglich 8 Uhr: „Die Teresina".

* **Viktoria-Theater.** Täglich 8¼ Uhr: „Zwangs-Einquartierung".

* **Liebich-Theater.** Täglich 8 Uhr: Das große Januar-Programm.

* ~~**Die Eisenbahnfahrtausweise des Jugendpflegevereins** für~~ das Jahr 1925 sind noch bis zum 28. Februar gültig; etwaige neue Bescheinigungen werden auch nur bis zu diesem Zeitpunkte ausgestellt.

* **Die Linie 17 der Städtischen Straßenbahn,** die bisher von der Helmuthstraße bis zum Ringe verkehrte, wird von Montag, den 11. Januar, ab bis zum Schießwerderplatz durchgeführt. Sie wird alle 10 Minuten verkehren. Die ersten Züge verlassen die Helmuthstraße um 6,26 Uhr, den Schießwerderplatz um 6,38 Uhr morgens; die letzten Züge verkehren von der Helmuthstraße ab um 8,46 Uhr, vom Schießwerderplatz ab um 9,18 Uhr abends.

* **Das jüdische Jugendheim** bringt jährlich Tausende von erholungsbedürftigen Kindern in Kurzeiten von sechs bis zwölf Wochen in seinen Erholungsheimen unter. Ein besonders schön gelegenes Heim ist das ehemalige Forsthaus in Eichgrund bei Striegauerl, das der Stadt von dem früheren König von Sachsen unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird. Das Heim, das regelmäßig 20 bis 25 schwächliche Kinder aufnimmt, erhält geschenkweise durch die Gutsverwaltung täglich 20 Liter Vollmilch und regelmäßig Kartoffeln und Holz geliefert. Die Kurerfolge sind ausgezeichnet, und die Kinder fühlen sich sehr wohl in Eichgrund.

* **Die Flüchtlings- und Verdrängtengruppe der R.B.H.D. Breslau,** Stadt und Land, hält am Dienstag, den 12. Januar, abends 8 Uhr, im Fürstenhofe, Schießstraße 8, ihre fällige Generalversammlung ab.

* **Kostümfest der Solomitglieder des Schauspielhauses.** Saxophonie, das diesjährige Kostümfest der Solomitglieder des Schauspielhauses, das Sonnabend, den 16. Januar, im großen Saale des Konzerthauses stattfindet, wird wie stets ein gesellschaftliches Ereignis ersten Ranges werden. Eine besondere Anziehungskraft wird ein neu Osterspielleiter Julius Brandt und Kapellmeister Franz Marszalek geleitetes Kabarett bilden, in dessen Rahmen u. a. die Breslauer Lieblinge Elli Lenz und Walter Jankuhn auftreten werden. Lydia Petry und Ino Rimmer werden graziöse Tänze geben. An sonstigen Ueberraschungen wird nicht gespart. Die Ballmusik wird, wie im Vorjahre, von dem beliebten Jazz-Orchester Walter Seifert, das durch seine Mitwirkung in der Operette „Orlow" bekannt ist, in verstärkter Besetzung ausgeführt. Eintritt einschließlich Steuer 4,50 Mark. Vorverkauf: Schauspielhaus und Barasch.

* **Der Ball der Presse** findet, wie schon kurz angekündigt, am 30. Januar in sämtlichen Räumen des Lunaparkes statt. Die Vorbereitungen dafür sind im besten Gange. Wieder verspricht die Veranstaltung, wie auch in früheren Jahren das größte gesellschaftliche Ereignis des Winters zu werden. Auch die allgemeine Einteilung ist die gleiche wie früher geblieben. Angesichts der wirtschaftlichen Verhältnisse ist der Eintrittspreis diesmal nur auf 5 Mark bemessen, zu denen noch die städtische Vergnügungssteuer hinzukommt. Die Verkaufsstellen der Karten und der Beginn des Verkaufs werden noch bekanntgegeben.

* **Breslauer Volksbühne.** Die Mitglieder der Volksbühne erhalten zu allen noch folgenden Mittwoch- und Sonnabend-Aufführungen des Weihnachtsmärchens „Schneewittchen" im Lobetheater Eintrittskarten zum Einheitspreise von 70 Pfennigen in der Geschäftsstelle, Albrechtstraße 32. — Zu den Vorführungen des Films „Urwelt im Urwald" im Tauentzien-Theater an den Tagen vom 11. bis 14. Januar um 4,30 Uhr und 6,30 Uhr stehen den Mitgliedern in der Geschäftsstelle Bons zur Verfügung, die an der Kasse des T.T. gegen sehr ermäßigte Plätze umgetauscht werden.

* **Vortrag Leo Erichsen.** Einen interessanten Abend bringt der 14. Januar. Leo Erichsen tritt an diesem Donnerstage im Mozartsaal mit einem neuen Vortrag vor das Breslauer Publikum.

* **Weihnachtsfeier des Distrikts 19.** Am 25. Dezember veranstaltete der Distrikt eine Weihnachtsfeier in den Hubertus-Sälen, verbunden mit gesanglichen Darbietungen, Vorträgen und einem Theaterstück, unter Leitung unseres Genossen Lehrer Weinert, der die Ansprache hielt, worin er auf die Bedeutung des Festes hinwies. Es wurden annähernd 180 Kinder beschenkt, sowie mit Kaffee und Kuchen bewirtet. Wir sagen hiermit allen Genossen und Genossinnen, sowie den Helfern und allen, die dazu beigetragen haben, das Fest zu verschönern, unseren herzlichsten Dank. Besonders aber danken wir im Namen des Distrikts 19 dem Genossen Weinert für seine Mühe und liebevolle Aufopferung.

* **Verloren** hat eine Volkswachtträgerin am Sonnabend in der Scheitniger Straße eine schwarze Stofftasche mit grünem Bande. Inhalt 11,20 Mark einkassierte Beiträge. Der Finder wird gebeten, den Betrag in der „Volkswacht" oder Ofener Straße 8 II bei Winkler abzugeben.

* **Festgenommen.** Zu dem am 7. Januar gemeldeten Raubüberfall an dem Kaufmann August Niesel, Rosenstraße 36, sind als der Tat dringend verdächtig ein Haushälter von der Weinstraße und ein Elektrovolontär von der Kanistraße festgenommen und von einigen Zeugen bereits wiedererkannt worden. Bei dem Elektrovolontär wurde eine schwarze Gesichtsmaske gefunden. Es ist anzunehmen, daß beide noch für andere Raubüberfälle in Frage kommen. Die weiteren Ermittelungen schweben noch.

* **Tödlich überfahren.** Am 24. Dezember gegen 7 Uhr vormittags wurde ein älterer Mann vor dem Grundstück Höfchenstraße 95 von einem Kraftwagen überfahren. Der Ueberfahrene trug derartige Verletzungen davon, daß er verstorben ist. Eine Dame soll Augenzeugin des Unfalles gewesen sein. Ihre Angaben sind zur Klärung des Sachverhalts von Bedeutung. Sie wird daher gebeten, sich zur Vernehmung im Polizeipräsidium, Schuhbrücke 46, Zimmer 5, einzufinden.

Eingesandt.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir diejenigen Zuschriften aus unserem Leserkreise, für die wir nur die preßgesetzliche Verantwortung übernehmen.
Die Redaktion.

Herr Oehlke und die Fürstenabfindung.

Ich bin Mitglied des Reichsbanners und Mitglied der Demokratischen Partei. Als Demokrat lese ich aus Parteidisziplin auch die „Breslauer Zeitung". An der Generalversammlung des Reichsbanners konnte ich wegen Behinderung leider nicht teilnehmen. Am Donnerstag, den 7. d. M., fand ich nach langem Suchen endlich den Bericht über die Generalversammlung und ich muß offen gestehen, daß die Länge desselben, den ich am Abend desselben Tages in der „Volkswacht" unverkürzt zu Gesicht bekam, der Redaktion des Herrn Oehlke sehr schwer auf die Nerven gefallen zu sein scheint, denn sonst hätte sie nicht die in der Generalversammlung des Reichsbanners gefaßte Resolution betr. Fürstenabfindung, die die „Volkswacht" erfreulicherweise ungekürzt zum Abdruck bringt, in einer solchen Weise entstellt. Aber warum denn, Herr Oehlke, auf einmal so zimperlich? Hat nicht die „Breslauer Zeitung" in X-Artikeln in gleicher Weise wie das Reichsbanner zur Fürstenabfindung Stellung genommen? Ist Ihnen denn die Resolution, die in so trefflichen Worten das zum Ausdruck bringt, was das deutsche Volk zurzeit durchwühlt, zu scharf? Oder aber sollte die „Volkswacht" in ihrer Nummer vom 7. Januar mit dem Artikel: „Was Herr Koch nicht sagt" etwa gar das Richtige getroffen haben? Sollte Herr Oehlke etwa gar befürchten, daß eine unzweideutige Stellungnahme in der Frage der Fürstenabfindung vielleicht bei ihren voraussichtlichen Koalitionsgenossen, der Deutschen Volkspartei, Mißfallen erregen könnte? Ach Gott, wie rücksichtsvoll! Ein Glück nur, daß nicht alle Demokraten so gefühls- und rücksichtsvoll sind wie Herr Oehlke, und es lieber heut wie morgen sehen würden, wenn endlich einmal der Trennungsstrich zwischen Schwarz-rot-gold und Schwarz-weiß-rot gezogen würde und man sich endlich in allen Kreisen der Demokratischen Partei darüber klar würde, daß ein Zusammengehen mit den Vertretern des monarchistischen Gedankens für einen überzeugten Demokraten einfach ein Harakiri für die Demokratische Partei bedeutet. Wie lange will denn eigentlich Herr Oehlke in seiner Zeitung immer noch eine eigene Parteipolitik treiben? Wie lange denn eigentlich noch wollen sich die ehrlichen Demokraten dieses gefallen lassen? Will die Partei denn noch länger zusehen, wie einer nach dem anderen der ehrlichen Republikaner sich von der Partei abwendet und nach links abschwenkt oder aber weiter indifferent abseits steht? Noch bin ich zu sehr Demokrat, um mich von dem abzuwenden, was ich seit Jahrzehnten hochhalte, wenn es aber so weiter geht, dann glaube ich es vor meinem Gewissen nicht verantworten zu können, einer Partei anzugehören, die ihre alten Traditionen vergißt.

Ein Mitglied der Demokratischen Partei.

Amtlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krietern bei Breslau.

Die nach Mitteleuropa eingebrochene kühlere Luft hat vielfach zu Aufheiterung und Nachtfrost geführt. Nur in Schlesien stellten sich im Gebirge infolge von Stauwirkung stärkere Schneefälle ein. In der Ebene dagegen hielt Nebelnässen bis zum Sonntag an. Ein neuer Vorstoß milder ozeanischer Luft berührt das Festland von Europa kaum. Indes hat sich über Rußland eine große Menge kalter Luft angesammelt, die jetzt zum Abfließen nach Südwesten kommt. Der sich über Ostdeutschland erstreckende Kälteeinbruch hat unsere Provinz noch erreicht. Aussichten: Auch in der Ebene starker Frost, vielfach aufheiternd.

Wasserstand

11. Januar

Ratibor	1,72	Oppelnfurth	2,94
Neiße (Stadt) 10. 1.	—0,21	Abflußmenge sekundlich 243 cbm	
Neissemündung (Unter-Pegel)	2,10	Treschen	1,60
Konsen (Unter-Pegel)	3,70	Fürstenberg (10. 1.)	2,39
Brieg (Wasserstand)	2,38	Wasserstand: + 2,2	

Gewerkschaftsbewegung.

Erhöhte Unterstützungssätze in der produktiven Erwerbslosenfürsorge.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, betragen entsprechend der Neufestsetzung der Höchstsätze für die Erwerbslosenunterstützung mit Wirkung vom 14. Dezember 1925 ab die Durchschnittssätze der produktiven Erwerbslosenfürsorge

in den Ortsklassen	A	B	C	D
		Reichspfennige		
Wirtschaftsgebiet I (Osten)	204	191	178	165
„ II (Mitte)	243	226	212	198
„ III (Westen)	258	243	228	213

Man läßt sich nicht in die Karten sehen.

Die Vertretung der Gewerkschaften bei Handelsvertragsverhandlungen.

Der Reichstag hatte im August die Reichsregierung in einer Entschließung ersucht, bei allen in Zukunft stattfindenden Handelsvertragsverhandlungen auch Arbeiterführer zu delegieren. Die jetzt erteilte Antwort der Reichsregierung lautet:

„Arbeiterführer sind zur Beratung bei Handelsvertragsverhandlungen in der Vergangenheit wiederholt zugelassen worden. Das wird, soweit möglich und erforderlich, auch in Zukunft geschehen. Eine Zusage auf Zuziehung zu allen in Zukunft stattfindenden Handelsvertragsverhandlungen kann generell jedoch nicht gemacht werden."

Als die Gewerkschaften die Forderung an die deutsche Regierung stellten, in den Handelsdelegationen vertreten zu sein, erhoben sie diesen Anspruch als Faktor der deutschen Wirtschaft, der so behandelt werden will, wie die deutsche Regierung das Unternehmertum, und zwar das im Reichsverband der deutschen Industrie organisierte Unternehmertum, behandelt. Was dem Reichsverband der deutschen Industrie schließlich recht ist, ist den Gewerkschaften billig. Aber während in den Delegationen unserer Kontrahenten (zum Beispiel in der französischen und polnischen) Gewerkschafter saßen, waren die dem ADGB. angeschlossenen Gewerkschaften nur in der polnischen Delegation vertreten. Die gleiche Vernachlässigung läßt sich feststellen, soweit eine Information der Gewerkschaften durch die Regierung über die schwebenden Verhandlungen in Frage kommt. Aus der Antwort der Regierung auf das Ersuchen des Reichstags ergibt sich, daß dieser unbefriedigende Zustand auch in Zukunft aufrechterhalten werden soll. Die sozialdemokratische Fraktion kann sich mit dem Bescheid des Kabinetts jedenfalls nicht abfinden.

Gewerkschaftsführer werden zu Schadenersatz verurteilt.

Das Steinkohlenwerk Kästner & Co. in Oelsnitz i. V. hatte im September 1925 beim Landgericht Zwickau Klage erhoben gegen die vertragschließenden Arbeiterorganisationen wegen eines während der Aussperrung im Mai und Juni 1924 entstandenen Schadens. Diese Klage hatte folgende Vorgeschichte:

Im April 1924 lief das Mehrarbeitsabkommen vom 13. Dezember 1923 ab. Die gesamte Bergarbeiterschaft im sächsischen Steinkohlenbergbau war empört über die Entlohnung im allgemeinen, im besonderen über die Bezahlung der geleisteten Mehrarbeit. Entgegen den Hinweisen der Gewerkschaften auf die obligatorische Bestimmung des Tarifvertrages haben sich die Belegschaften, die damals nicht nur im Bergarbeiterverband, sondern auch in verschiedenen anderen Gruppen Mitglied waren, nicht abhalten lassen, die längere Arbeitszeit nicht mehr zu verfahren, und außerdem wurde eine Lohnerhöhung um 20 Prozent gefordert. Die Empörung wurde um so größer unter den Bergarbeitern, da in dem Schiedsspruch vom 24. April 1924 eine kaum nennenswerte Erhöhung des Lohnes erfolgt und jede tarifliche Erhöhung des Lohnes glatt abgelehnt worden war.

Da die vertragschließenden Verbände trotz des durch den verbindlich erklärten Schiedsspruch geschaffenen neuen Tarifrechts die Belegschaften nicht wild in eine Bewegung hineinlaufen lassen konnten, und vor allem die organisierte Arbeiterschaft auf die Folgen hinweisen und die Führung übernehmen mußten, werden sie, wie aus dem Landgerichtsurteil ersichtlich, schadensersatzpflichtig gemacht.

Das Urteil sieht vor, daß die Gewerkschaftsführer der Firma einen Schadensersatz im Betrage von 19 933 Mark nebst Verzugszinsen in Höhe von 2 Prozent über den jeweiligen Reichsbankdiskont auf die Zeit vom 1. Juni 1924 ab zu zahlen haben und außerdem der nachweislich durch die Arbeitsverweigerung entstandene Schaden zu ersetzen ist. Die Forderung ist nach dem Landgerichtsurteil anerkannt, in dem Teilurteil werden zunächst die Gewerkschaftsführer in Sachsen verurteilt, den Betrag zu zahlen. Gegen dieses Urteil haben die Gewerkschaften Berufung eingelegt.

Die Phönixstahlwalzwerke kommen wieder in Betrieb.

Die Werksleitung der Phönix-A.-G. beabsichtigt, das am 5. Dezember stillgelegte Stahlwalzwerk am 1. Februar wieder in Betrieb zu nehmen. Um das Werk „rentabel" zu gestalten, will die Leitung die Belegschaft stark herabsetzen und bei der Wiedereinstellung eine Lohnreduzierung um 15 Prozent vornehmen. Die vom Betriebsrat einberufene Belegschaftsversammlung hat die Wiederaufnahme der Arbeit unter diesen Umständen abgelehnt. Die Werkleitung sucht infolgedessen durch Vermittelung der Arbeitsnachweise geeignete Kräfte. Die Betriebe des Thomas-Martinswerks, des Blockwalzwerks, des Feinwalzwerks und des Hammer-Werks sollen am 11. Januar wieder aufgenommen werden.

Abbau im Friseurgewerbe.

Uns wird geschrieben:

Der Vorstand der Friseur- und Perückenmacher-Zwangs-Innung Breslau versendet in den letzten Tagen an seine Mitglieder ein Flugblatt, wonach die Löhne im Friseurgewerbe von 3 bis 7 Mark die Woche herabgesetzt werden sollen. Eine Verhandlung über diesen Abbau mit der Gewerkschaft der Friseurgehilfen einzuleiten, hat der Vorstand der Innung nicht für notwendig erachtet. Abgesehen davon, daß die Gehilfenschaft sich dieses nicht ohne weiteres gefallen lassen wird, ist doch einmal die Frage zu prüfen, ob die Friseurmeister einen Grund oder eine Berechtigung zu diesem Abbau haben. Als Grund wird von ihnen angeführt, da die Gehilfenschaft weniger arbeitet, muß ihnen auch vom Lohn abgezogen werden. Der tatsächliche Sachverhalt ist folgender: Da die Friseurmeister zum überwiegenden Teile die tariflich vereinbarte Arbeitszeit nicht gehalten haben, war die Organisation der Arbeitnehmer gezwungen, den Tarifvertrag zu kündigen, um in dem neuen Vertrage die Begrenzung der Arbeitszeit in einer Weise vorzunehmen, daß es den Innungsmeistern nicht ohne weiteres möglich sein konnte, die wirtschaftliche Notlage der Arbeitnehmer auszunützen und sie zur Mehrarbeit zu zwingen. Das lehnte aber der Innungsvorstand ab, er forderte sogar, daß die Arbeitszeit um 2½ Stunde die Woche ohne jede Entschädigung verlängert werden sollte. Das mußten die Arbeitnehmer ablehnen, weil für den Friseurberuf kein Bedürfnis vorliegt, immer die längste Arbeitszeit zu haben. Die Gehilfenschaft war nach wie vor bereit, 57 Stunden die Woche zu arbeiten, das war aber dem Innungsvorstand zu wenig. Weil ihm das zu wenig war, gab er lieber an seine Mitglieder die Parole heraus, sie sollen nur die gesetzliche Arbeitszeit, also 48, im Höchstfalle 50 Stunden die Woche, arbeiten lassen. Die Arbeitnehmer werden nun in einer Zeit ins Geschäft bestellt, wenn sie voll ausgenützt werden können, der Arbeitgeber also dadurch keinen Nachteil und auch nicht weniger Einnahme hat. Dafür werden aber die Löhne in der oben angeführten Weise gekürzt. Eine Berechtigung zu der Lohnkürzung ist in keinem Falle vorhanden, denn während die Preise der Arbeitgeber teilweise bis 200 Prozent gestiegen sind, sind die Löhne im Verhältnis zur Vorkriegszeit um knapp 10 Prozent gestiegen. Wo also der Verdienst liegt, braucht niemand zu suchen. Das Publikum muß auch ein Interesse haben, dort die Preise zu kürzen, wo die Löhne gekürzt worden sind. In der heutigen Zeit haben auch die Friseurmeister keine Berechtigung, sich ihre Arbeit in einer Weise bezahlen zu lassen, die in keinem Verhältnis mit der Bezahlung der von ihnen beschäftigten Arbeitskräfte steht. Wir werden auch den zuständigen Stellen das notwendige Material unterbreiten, um auch dort zu versuchen, daß beides, Lohn und Preise, zueinander passen. In den nächsten Tagen werden wir eine Liste der Arbeitgeber, die den Lohn gekürzt haben, veröffentlichen. Für heute bitten wir aber mitzuhelfen und auch bei den Friseurmeistern die Kürzung der Preise durchzuführen.

Arbeitnehmerverband des Friseur- und Haargewerbes.

Untersuchungen des Reichswirtschaftsrates über die Arbeitsverhältnisse in der Glasindustrie. Der vom Reichswirtschaftsrat eingesetzte Arbeitsausschuß zur Beratung des Entwurfs eines Verzeichnisses über Anwendung des § 7 der Arbeitszeitverordnung (Einschränkung bzw. Beschränkung des Arbeitstages wegen gesundheitlicher Schädigung usw.) beschäftigt sich augenblicklich mit der Lage in der Glasindustrie. Er wird am 18. Januar eine Reise nach dem Westen antreten und eine Reihe von Glashütten besichtigen, um sich einen persönlichen Eindruck über die Verhältnisse in der Glasindustrie zu verschaffen. Besichtigt werden folgende Glaswerke: Am 19. Januar die Glaswerke in Stollberg (Rheinland), am 20. Januar die Gerresheimer Glashütte (Düsseldorf) und am 21. Januar die Glasfabrik Gebrüder Müllensiefen in Crenceldanz bei Witten a. d. Ruhr. Im Anschluß an die Besichtigung sollen die Vorträge von Sachverständigen entgegengenommen werden. Weiter will man auch die Betriebsräte der einzelnen Werke hören.

Wirtschaft.

Die Belebung des polnischen Holzmarktes.

Die Belebung auf dem polnischen Holzmarkt ist im weiteren Steigen begriffen. Das gewaltige Nachgeben des Zlotykurses hat auf die Exporttransaktion fördernd gewirkt. Speziell werden solche Sortimente gesucht, welche bis dahin vielfach stark vernachlässigt waren. Das gilt in erster Beziehung für Grubenholz, welches sich zu hoch kalkuliert. Es ist uns nicht verwunderlich, denn das Nachgeben des Zlotykurses hat nicht nur alle Tarifunterschiede aufgehoben, welche noch vor nicht allzu langer Zeit die Ausfuhr stark behinderten, und sie sogar unterbunden haben, sondern gab auch gleichzeitig die Möglichkeit größerer Gewinne, zumal auch die Konkurrenz an den Auslandsmärkten in einem hohen Maße ermöglicht wurde. Es sei bemerkt, daß die ausländischen Firmen willig größere Partien solcher Hölzer aufnehmen, wie Kiefern- und Fichtenblöcke, Papierholz, Telegraphenstangen, Tischlerbretter, Eichenklötze, Ahorn- und Buchenholz, Espenholz und anderes. In den letzten Tagen machte sich ein größeres Interesse für Birkenrundholz bemerkbar.

Für die meisten dieser oben angeführten Arten ist die Tendenz als ausgesprochen fest zu bezeichnen. Man dürfte in der Annahme nicht fehl gehen, daß die bisherigen Preise weiter ansteigen dürften. Daneben ist zu bedenken, daß infolge der Vereisung der skandinavischen und ostbaltischen und russischen Häfen die bisherige Konkurrenz für den polnischen Holzmarkt zum mindesten bis zum April 1926 ausgeschaltet sein dürfte. Diese Momente berechtigen die polnischen Exporteure zu der Hoffnung, daß ein Anziehen der Schnittholzpreise in den nächsten Tagen zu erwarten ist. Diese Tatsachen haben es bewirkt, daß die Auktionen in den Staatsforsten immer reichlicher beschickt werden. Gegen Anfang der Saison ist die größte Belebung in den westlichen Wojewodschaften zu verzeichnen gewesen, die sich nunmehr auch auf die östlichen Forstdirektionen übertragen hat. Auf den Auktionen z. B. in Siedlce wurden im letzten Monat zirka 20 000 Kubikmeter kieferne Blöcke, Stammware zu 30 Sh. und darüber ab Wald verkauft. Zu bemerken wäre in diesem Zusammenhange, daß auf dieser Auktion die Vertreter der größten Firmen vorhanden waren.

Zu melden wäre noch, daß auf Grund eines Beschlusses des Wirtschaftskomitees des polnischen Ministerrates James Calder sein Besitzrecht, das er im Auftrage der Century Polish Timber, Ci. Ltd. ausübte, bestehend aus dem Ausbeutungsrecht des Bialowiezer Forstes, an die englische Firma Century Trust abgetreten hat, an dessen Spitze der bekannte englische Finanzmann Theniers steht. Der letztere hat von der polnischen Regierung gewisse Zugeständnisse hinsichtlich der Qualifizierung des Holzes erwirkt. Die Einteilung des Holzes, welches die englische Firma übernimmt, erfolgt nunmehr durch Delegierte beider Teile, wobei die Vertreter der Forstdirektionen die ausschlaggebende Stimme haben werden. In der letzten Zeit beobachtete man, daß das polnische Forstdepartement immer mehr sich privatwirtschaftliche Gesichtspunkte zu eigen macht, was nicht immer der Fall gewesen ist und manche größere Transaktionen infolge fiskalischer Gesichtspunkte unterbunden wurden. Zusammenfassend kann man feststellen, daß die augenblickliche Konjunktur des Holzmarktes als ausgesprochen gut gilt. Es sind naturgemäß noch gewisse Außenseiter, denen der Staat noch nicht genug unter die Arme greift, doch geben sie hier nicht den Ausschlag. Im allgemeinen gilt das Prinzip, daß, wer die Konjunktur zu nutzen weiß, auch mit Gewinn arbeiten kann.

Die Einfuhr französischer Automobile nach Deutschland

erreichte laut offiziellen französischen Ermittelungen in den Monaten Januar bis einschließlich November vorigen Jahres die Höhe von insgesamt 3024 Wagen. Damit ist Deutschland, das bis Ende September des Jahres 1925 unter den Exportländern der französischen Automobilindustrie die fünfte Stelle einnahm, an die sechste Stelle gerückt. Der Automobilexport Frankreichs in den ersten elf Monaten des Vorjahres verteilt sich auf die einzelnen Länder wie folgt:

England	13 007	Wagen
Spanien	7 576	„
Belgien und Luxemburg . . .	6 558	„
Algier	5 805	„
Schweiz	3 529	„
Deutschland	3 024	„
und andere Länder	15 870	„
insgesamt	55 169	Wagen

(Januar bis Oktober 42 068 Wagen). Die Einfuhr ausländischer Automobile nach Frankreich belief sich in der gleichen Zeit auf insgesamt 16 282 Wagen (11 263). An ihr war Deutschland nicht beteiligt. Es lieferten vor allem die Vereinigten Staaten 14 796 Wagen, dann folgen: Italien mit 995 Wagen, England mit 217, Belgien und Luxemburg mit 128, Algier mit 87, die Schweiz mit 33 und andere Länder mit 26 Wagen.

Weizeneinfuhrverbot in Amerika.

Der Staatssekretär für Ackerbau hat vom 1. Februar ab die die Weizeneinfuhr aus Indien, Japan, China, Australien, Südafrika, Italien und Spanien verboten.

Preissturz für Milch und Butter.

Nach Kolberger Meldungen sind die pommerschen Preise für Milch und Butter in den letzten Tagen ganz plötzlich verhältnismäßig stark gesunken. Der Milchpreis wurde in den größeren Städten um 8—10 Pfennig je Liter und dementsprechend der Butterpreis um 1 Mark das Pfund gesenkt. (Auch in Schlesien sind diese Waren infolge Ueberangebot und schwacher Kaufkraft im Preise gesunken. Red.)

Breslau (Land)-Neumarkt.

Achtung, Ortsgruppenführer!

Am Sonntag, den 14. Februar, vormittags 10 Uhr, findet im Gewerkschaftshause eine

Bezirks-Frauenkonferenz

statt.

Tagesordnung:

1. Auswirkungen der Steuer- und Zollpolitik auf den Haushalt. Referentin: Genossin Mathilde Wurm, M. d. R.
2. Wie gewinnen und schulen wir die Frauen für die Partei? Referentin: Genossin Zils-Eckstein.

Es wird gebeten, die Wahlen der Delegierten sobald als möglich vorzunehmen und die Namen dem Parteibüro mitzuteilen.

Kommunalpolitische Kreiskonferenz.

Recht zahlreich waren die sozialdemokratischen Gemeindevertreter, Kreistagsabgeordnete, Stadtverordnete, Amts- und Gemeindevorsteher usw. von Breslau-Land-Neumarkt dem Rufe der Kreisleitung der SPD. zu einer Konferenz gefolgt, die am gestrigen Tage im Gewerkschaftshause stattfand. In erster Linie galt es die Bildung einer kommunalpolitischen Arbeitsgemeinschaft und hielt Bezirks-Parteisekretär Mache in gewohnter Frische einen aufklärenden Vortrag. Es ist notwendig, alle in den einzelnen Kommunalverwaltungen ehrenamtlich tätigen Genossen zu schulen und zu bilden, um ihre Schlagkraft zu erhöhen und den Einfluß zu mehren. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen regelmäßig, mindestens aber alle acht bis zehn Wochen, Konferenzen abgehalten werden, um wichtige Fragen zu behandeln und aufklärende Vorträge entgegen zu nehmen. Später sollen, um den Nachwuchs zu sichern und geeignete Bewerber für kommunale Aemter jederzeit genügend zur Hand zu haben, Ausbildungskurse abgehalten werden, in denen aber auch die zurzeit Amtierenden weitere Ausbildung erlangen können. Es ist von der Bezirksleitung eine Auskunftsstelle im Gewerkschaftshause, Zimmer 38, eingerichtet worden, die an jedem Montag und Donnerstag, nachmittags von 5 bis 7 Uhr, unentgeltlich mündlich Auskunft erteilt und eventuell Anträge, Gesuche, Beschwerden usw. ausarbeitet. Genosse Mache forderte zum Schluß die Anwesenden zur gewissenhaften Mitarbeit auf, ersuchte sie, die von der SPD. herausgegebene Zeitschrift „Die Gemeinde" zu lesen und sprach die Hoffnung aus, daß sich nicht nur in jedem Kreise eine Arbeitsgemeinschaft bilden dürfte, sondern über den Bezirk hinaus, die ganze Provinz und schließlich ganz Preußen davon erfaßt wird. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine glänzenden Ausführungen, und die Aussprache, an der sich die Genossen Münchenberger-Schottwitz, Klonsdorf-Goldschmieden und Jahn-Deutsch-Lissa beteiligten, bewies, wie notwendig eine solche Arbeitsgemeinschaft ist. Einstimmig wurde die Bildung einer solchen für die beiden Kreise Breslau und Neumarkt beschlossen und mit der Geschäftsführung der engere Kreis-Parteivorstand beauftragt. Für den Kreis Neumarkt sollen trotzdem besondere Konferenzen abgehalten werden, da es für die im nördlichen Teile Wohnenden zu kostspielig ist, die Konferenzen in Breslau zu besuchen.

Darauf besprach Genosse Strowig die wichtigsten Aufgaben der Gemeinden und behandelte ausführlich die Lage der Erwerbslosen, die im Landkreise auf 4000 gestiegen sind. Dringend notwendig ist die Bereitstellung von Mitteln zur Durchführung von Notstandsarbeiten, wo fast in jeder Gemeinde solche vorhanden sind. Dabei sind in erster Linie verheiratete, je nach Stärke der Familie und Dauer der Erwerbslosigkeit zu beschäftigen, denen ein Lohn von 60 bis 65 Pfennigen je Stunde zuzusichern sei, doch soll durch Abwechselung dafür gesorgt werden, möglichst alle Erwerbslosen im Monat, und wenn nur auf zehn oder zwölf Tage, zu beschäftigen. Auch dem Wohnungsbau soll mehr Aufmerksamkeit zugewendet werden und sind Anträge schon jetzt bei dem Landrat einzureichen.

Jede größere Gemeinde, mindestens aber alle Vororte, sollen moderne Bebauungspläne aufstellen, um einer späteren Entwicklung der Großstadt förderlich zu sein; auch dem Feuerlöschwesen müssen sich unsere Genossen mehr widmen, die notwendigen Löschgeräte anschaffen oder ergänzen und durch Eintritt in die Freiwilligen Feuerwehren diese von dem oftmals reaktionär-militaristisch-monarchistischen Sinne entkleiden.

Für die Wohlfahrtsaufgaben gilt es auch dann einzutreten, wenn die schwierige Lage der Gemeinde anhält, besonderes Augenmerk aber ist der schulärztlichen Untersuchung und der Zahnpflege der Schulkinder zu widmen.

Als einzige wahre Kulturpartei ist es Pflicht unserer Genossen, besser wie bisher für die Schule zu sorgen. Kinder armen Eltern sind die Lernmittel zu liefern, was auch für die Fortbildungsschulen gilt. Ueberall ist die Bildung einer Schulbibliothek anzustreben, die Haushaltungsschulen auszubauen, sie mit den notwendigen Lehrmitteln, z. B. Nähmaschinen, auszustatten und für arme Kinder Wolle usw. unentgeltlich zu liefern.

Um den Gewissenszwang für Andersgläubige zu beseitigen, ist für jedes Dorf ein Gemeindefriedhof anzulegen, und die alten, der Kirchgemeinde gehörenden, zu beseitigen. Eingedenk muß jedes Mitglied der SPD. sein und bleiben, daß er als Vertreter des werktätigen Volkes seine Aufgabe zu lösen hat, wenn er auch von den Reaktionären gehaßt und von den Dummen nicht verstanden wird.

Auch hier spendeten die Versammelten Beifall und die Aussprache war besonders rege; Schiffer-Schmolz, Hecht-Cawallen, Kiontke-Sadewitz, Hentschel-Oswitz, Münchenberger-Schottwitz, Pangner-Stabelwitz, Hermstein-Herrmannsdorf, Klonsdorf-Goldschmieden und Klose-Groß-Mochbern trugen das ihrige dazu bei, stellten eine Anzahl Fragen oder gaben aus ihren Gemeinden Aufklärungen. Heiterkeit löste die Ausführungen des Genossen Münchenberger aus, als er die Tatsache schilderte, daß die rein bürgerliche Gemeindevertretung in Schottwitz, die starken völkischen Einschlag besitzt, in ihrer Not und Unfähigkeit zwei Sozialisten als Schöffen wählte! Ja, ja, diese Herren haben immer einen klugen Schnabel, aber dann ist es alle!

Im Schlußwort fanden die gestellten Fragen Beantwortung und wurde eine Entschließung, die von allen Vertretern der SPD. in den Kommunen der Kreise Breslau und Neumarkt die Fürsorge für die Erwerbslosen verlangt, einstimmig angenommen.

Mit einem dreifachen Hoch auf die SPD. wurde die von zirka 150 Vertretern besuchte Konferenz nach fast vierstündiger Dauer geschlossen; der Verlauf aber hat bewiesen, daß solche Konferenzen dringend notwendig sind.

Maria-Höfchen. Eine interessante Gemeindeversammlung. Hierselbst tagte am 5. Januar eine öffentliche Gemeindeversammlung zwecks Beratung über die Abtretung des zum Straßenbau erforderlichen Geländes. Bei Eröffnung der Sitzung gedachte Gemeindevorsteher Genosse Knobloch in kurzen Zügen des verstorbenen Stellenbesitzers Herrn Gutsche, welcher lange Zeit das Amt als Gemeindevorsteher bekleidet hatte. Sämtliche Anwesenden ehrten das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von ihren Plätzen. Genosse Knobloch gab bekannt, wieviel Garten bzw. Ackerland jeder Besitzer abzutreten hat. In seinen Ausführungen erläuterte er, wie wichtig der Straßenbau ist, welche Vorteile die Gemeinde hat und besonders welchen Wert die Grundstücke durch den Straßenbau gewinnen. Er selbst stellte sein in Frage kommendes Gelände kostenlos zum Wohle der Allgemeinheit zur Verfügung und forderte die Landwirte auf, ihre Wünsche vorzubringen, warnte aber von vornherein, keine zu hohen, überspannten Forderungen zu stellen. Man mußte nun einigermaßen menschliche Forderungen erwarten, aber weit gefehlt! Einige Landwirte verlangten einen neuen Begrenzungszaun, obwohl sie sich bereit erklärten,

ihr Gelände **kostenlos** zur Verfügung zu stellen. Einige verlangten 4 Mark pro Quadratmeter. Auch zwei Mitglieder der Gemeindevertretung fielen auf. Ein Herr wußte gar nicht, was er wollte, der andere hatte seine Versprechen aus den Vertreterstimmen wohl vergessen, wonach er wiederholt andeutete, er gabe das Grundstück gratis ab. Nachdem das Protokoll vorgelesen und von den Landwirten unterzeichnet worden war, erläuterte der Gemeindevorsteher, welcher Entwicklung Höfchen entgegensieht. Die Einwohner von Höfchen, welche als Zuhörer anwesend waren, werden wohl belehrt worden sein, wer die Interessen der Allgemeinheit vertritt und was sie bei der nächsten Wahl zu tun haben. Die demnächst stattfindende Gemeindevertretersitzung wird sich mit den Forderungen der Besitzer zu beschäftigen haben.

Aus Schlesien.

Die Breslauer Regierung wehrt sich gegen Behauptungen des deutschnationalen Strebens Lukassowitz.

Wir brachten kürzlich einen Artikel unter der Spitzmarke „Der Fall Lukassowitz und die Breslauer Regierung", in dem wir auf Grund des amtlichen Stenogramms zweier Landtagsverhandlungen die Bemühungen des deutschnationalen Abgeordneten und Schweidnitzer Rektors um die Erlangung einer Kreisschulratsstelle darstellten. Aus der Erwiderung des Abgeordneten Lukassowitz hoben wir besonders die Stellen hervor, in denen er betonte, daß nicht er mit solchen Wünschen an die Breslauer Regierung herangetreten sei, sondern diese ihm nahegelegt habe, sich um eine Stelle zu bewerben, und ihm mehrere für ihn in Frage kommenden Kreise, darunter auch Waldenburg, genannt habe. Auch der Schweidnitzer Kreisschulrat Zimmermann sei mit der Aufforderung, sich zu bewerben, an ihn herangetreten. Wie wir hören, wird **in den Kreisen der Breslauer Regierung diese Darstellung entschieden bestritten.** Die Herren der Breslauer Regierung sollen die Bewerbung des Herrn Lukassowitz weder angeregt noch gefördert, sondern vielmehr seiner Bewerbung durchaus ablehnend gegenübergestanden und sie auch in dieser Weise bearbeitet haben. Da hier Behauptung gegen Behauptung steht und es schließlich nicht gleichgültig ist, in einer so wichtigen personalpolitischen Frage den wahren Sachverhalt zu ergründen, so scheint die weitere Verfolgung der Angelegenheit im Preußischen Landtag am Platze.

Der neue Niederschlesische Provinziallandtag.

Das Preußische Staatsministerium hat durch Erlaß vom 24. Dezember 1925 den Provinziallandtag der Provinz Niederschlesien zum 26. Januar 1926 nach der Stadt Breslau berufen. Die Eröffnung des Provinziallandtages wird demgemäß an diesem Tage, vormittags 11 Uhr, im Breslauer Landeshause, Gartenstraße 74, erfolgen. Der Staatskommissar bei dem Provinziallandtage hat die Provinziallandtags-Abgeordneten hierzu bereits geladen. Gleichzeitig ist die Einladung zur Wahl zum Staatsrat am 27. Januar 1926, nachmittags 3 Uhr, erfolgt.

Neumarkt. Die Arbeitslosigkeit im Kreise nimmt ständig zu. In Neumarkt-Stadt sind allein 150 Arbeitslose, in Neumarkt-Land 160, in Maltsch 75, in Canth-Stadt 200 und in Nippern 150. Diese außerordentlich hohen Zahlen werden in allernächster Zeit wahrscheinlich noch dadurch vergrößert, daß die Zigarrenfabrik C. F. Keil in Neumarkt Kurzarbeit einführen will, wodurch gegen 170 Arbeiter in ihrer Wirtschaftslage stark beeinträchtigt werden würden.

Glogau. Ihr Kind vergessen hatte am Sonntag eine junge Mutter auf dem Bahnhof Glogau. Sie ließ ihr vier Monate altes Kind, im Steckkissen wohl verwahrt, im Zuge zurück, der Glogau 3 Uhr 2 Minuten nachmittags verläßt, um etwas im Bahnhofsgebäude zu besorgen und vergaß dabei das Kind, so daß der Zug mit dem Kinde ohne seine Mutter abdampfte. Währenddessen war die nächste Station Schrepau verständigt. Ein Bahnbeamter nahm sich dort des verlassenen Kindes liebevoll an und holte es aus dem Zuge. Die bestürzte Mutter traf einige Stunden später mit dem nächsten Zuge ein, um ihr Kindchen wieder in Empfang zu nehmen.

Görlitz. Eine Butterrevision fand am letzten Wochenmarkt statt durch Beamte der Marktpolizei. Dabei wurden bei etwa 20 Stücken Butter Mindergewicht festgestellt. In einem Falle mußte der gesamte mitgebrachte Vorrat wegen Mindergewichtes zerschnitten werden. Ein Ausgleich mußte bei den guten Leuten eben gefunden werden. Damit der Butterverkauf sich lohnt, wird eben das volle Gewicht nicht gegeben, denn auf eine Weise muß das Fallen des Butterpreises wett gemacht werden. In der Zeit der allgemeinen Not, wo kein Geld unter den Leuten ist, ist dieser Volksbetrug doppelt verwerflich. — Die Alldeutschen sind wieder einmal äußerst rührig. Ihr Führer und Wanderredner hielt am Sonnabend einen Vortrag: „Warum der Locarno-Vertrag abgelehnt werden muß". Trotzdem eingangs seiner Rede Grube versprach, den Vortragsabend nicht in das Zeichen der Partei zu stellen, fiel er dann mit einem wahren Feuereifer über den schwarzrot-goldenen Block her, der nur allein die Hauptschuld an dem Locarno-Vertrage hätte, da diese Leute niemals nein sagen könnten. Am Schluß wurde vom Vorsitzenden der Alldeutschen Ortsgruppe Görlitz bedauert, daß nur drei Personen sich neu zur Ortsgruppe gemeldet hatten und vor allem, daß in dem großen Deutschland für die Alldeutschen gegenüber dem kleinen Oesterreich so wenig Interesse herrsche.

Gleiwitz. 4000 Mark Postgelder unterschlagen. In der Postagentur Pilchowitz wurden durch den Postagenten amtliche Gelder in Höhe von 4000 Mark unterschlagen. Der Schuldige wurde festgenommen und dem Amtsgericht in Gleiwitz zugeführt.

Ratibor. Eine vorläufige Stillegung ihres Betriebes wird voraussichtlich für sechs Wochen die Tabak-Aktiengesellschaft Reiners & Söhne vornehmen, wodurch allein wieder 400 Beschäftigte brotlos werden. Die Schuhfabrik Fraenkels Nachf. hat von einer Stillegung Abstand genommen, nimmt jedoch so große Einschränkungen vor, daß etwa ein Drittel der gesamten Belegschaft entlassen werden muß.

Konzerte.

Gewandhaus-Quartett.

Das Gewandhaus-Quartett bot in seinem Kammermusikabend Stunden reinen, guten Kunstgenusses. Das sichere, frische Musizieren der Herren Wollgandt, Wolschke, Herrmann und Münch-Holland hinterließ nicht alltägliche Eindrücke. Ihr Spiel hat einen hohen Grad der Vollkommenheit erreicht, wenn es auch noch nicht letzte Abrundung aufweist und die Grenzen des Möglichen noch lange nicht erreicht sind. Aber exaktes Zusammenspiel, sichere Intonation, Klangfülle und nicht zuletzt das Bemühen um Durchgeistigung des Vortrags, lassen eine tonliche Wiedergabe von beträchtlicher Wirkung zustandekommen. In dem Konzertmeister Edgar Wollandt besitzt die Vereinigung einen Führer, dem sie, was die Schönheit seines Violintones besonders in der unteren Lage anbetrifft, nachzueifern bestrebt sein sollte. Um ein feinstes, hingehauchtes Pianissimo müßten sich die vier Herren auch noch bemühen. Am wenigsten befriedigte das D-moll Streichquartett von Mozart. Hier fehlte noch diese peinlichste Akkuratesse, die bis ins kleinste geschliffene, kristallene Klarheit, die bei Mozart unerläßlich ist. Viel besser geriet der leidenschaftlich bewegte Brahms. Hier, wo nicht Abgeklärtheit, sondern stark betonte Affekte den Grundzug der Musik ausmachen, war der Eindruck ein bedeutend tieferer. Das Regersche Quartett Es-dur op. 109, dessen erste Sätze etwas spröde klingen, vermochte im Larghetto stark zu ergreifen. Die mächtig rauschenden Akkorde waren volltönend, klanggesättigt; die Darbietung des vierten Satzes mit seinen thematischen Verflechtungen war in ihrer Durchsichtigkeit eine Meisterleistung. Der Abend war ein starker und auch berechtigter Erfolg. —t. —t.

Gebt Eure Anzeigen der Volkswacht.

Familien-Anzeigen

Am 8. Januar, früh 5 Uhr, starb unser wertes Mitglied

Frau Sophie Scholz

im Alter von 77 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihr

die Mitglieder der freiwilligen Sterbekasse der Schuhfabrik Dorndorf.

Beerdigung: Montag, nachm. 2½ Uhr, von der Halle der Paulus-Gemeinde in Cosel. 2030

Kaufm. Privat-Schule Strelewicz
Oblauer Straße 1
Telefon R. 8021
Jeden Monat Beginn neuer Kurse in allen Handelsfächern
Prospekt kostenlos.

Abbitte!
Die Herrn **Fritz Wiehl** zugefügte Beleidigung und falschen Angaben nehmen wir mit Bedauern zurück und leisten Abbitte. 17
R. Wattler und Frau.

Republikanischer
Theater- und Ges.-Verein sucht **Damen und Herren als Mitglieder.** Offert. unter „Republik" an die Geschäftsst. d. Ztg. 10110

Dr. med. W. Krause
Facharzt für Knochen-, Gelenkleiden u. Massage
(Orthopädische Anstalt)
Breslau, Salvatorplatz 3/4, Gth. u. 3. Stock.
Werktäglich 9—12½ und 3—5½ Uhr. 3045
Bei allen Krankenkassen zugelassen.

Buchhandlung Volkswacht
Modernes Antiquariat
Breslau 3, Neue Graupenstr. 5

Bettfedern—Daunen
staubfreie Landw., täglich reell, preisw. Verkauf, nicht nur an Ausnahmetagen. Besichtigung der Ware gern gestattet. Helles Füllzimmer. Spezialgeschäft **Herzig, Matthiasstraße 100,** 1. Etg., Waterlooplatz. Straßenbahnfahrt wird vergütet.

Vom 8.—15. Januar
Großer
Inventur-Verkauf
Trotz meiner billigen Preise
20% Rabatt
Verkauf der
Erzeugnisse schlesischen Gebirgsfleißes
Volks-Wohl
23 Paulstraße 23
Schles. Handweber-Gebirgsleinen-Niederlage 1020
Inh. Hugo Klose.

Wir suchen
einen arbeitsamen Herrn, für dessen Wohnort mit größerem Umkreis für unsere konkurrenzlosen, überall verlangten Produkte sofort eine Filiale errichtet wird. Beruf und Wohnort einerlei. Ausgenommen ist die Stadt Breslau. Einkommen wenigstens 500 Mk. monatlich. Bewerber hätte unter unserer Leitung die Filiale zu führen, insbesondere den Warenvertrieb (kein Laden) in seiner Gegend zu besorgen. Gegenwärtiger Beruf kann beibehalten werden. Bewerbungen aus der Stadt Breslau werden nicht berücksichtigt. Man schreibe unter **F. Nr. 370** an **Ala-Haasenstein & Vogler, Nürnberg.** 3044

Die Preise, wie wir sie Ihnen in unserem

Inventur-Ausverkauf

bieten, dürften nicht so schnell wiederkehren. Schwarz auf weiß stehen die Beweise unserer katastrophal herabgesetzten Preise. Wir müßten viele Seiten in dieser Zeitung in Anspruch nehmen, wenn wir alle herabgesetzten Preise anführen wollten. Die wenigen Preisbeispiele dürften jedem, der sie liest, genug sagen.

Handtücher mit bunter Kante per Meter 0.44, 0.38, **0.33**	**Blusenstreifen** mit Kunstseiden-Effekten per Meter 0.95, **0.85**
Hemdentuch 80 cm breit, gute Qualität per Meter 0.67, 0.55 **0.49**	**Satintuch** in vielen Farben . . per Meter **1.45**
Inlett rosa, 80 cm breit, gute Qualität, p. Mtr. **1.05**	**Wäschetuch-Bezug** mit 2 Kissen . . **7.10**
Inlett 80 cm breit, gute Köperware per Meter 1.45, 1.25. **1.18**	**Züchen-Bezug** mit 2 Kissen . 8.65, 7.95, **6.25**
Inlett 130 cm breit, gute Köperware per Meter 3.35, 2.65, **2.25**	**Bettlaken** 140x200 . . . . per Stück 3.25, **2.75**
Wallis 80 cm breit, haltbare Qual., p. Mtr. 1.25, **1.10**	**Taghemden** mit Trägern . per Stück 1.65, **0.75**
Wallis 130 cm breit, haltbare Qualität per Meter 2.55, 2.25, **1.95**	**Frauen-Barch.-Hemden** per Stück 2.50, 2.25, **1.95**
Kongreßstoff schöne Streifen . per Meter **0.46**	**Trikot-Herrenhosen** m. angewebt. Futt. p. Stck. 3.40, 2.70, **1.95**
Etamine 150 cm breit . . . . . per Meter **0.75**	**Kinder-Futter-Anzüge** schwere Qual., p. Stück 1.95, **1.75**
Kleider-Veloure schöne Muster per Meter 0.69, 0.59, **0.55**	**Wiener Schürzen** waschecht p. St. 1.95, 1.65, 0.95, **0.75**
Hemdenbarchent haltbare Qualität per Meter 0.69, 0.65, **0.58**	**Damen-Klubwesten** reine Wolle p. St. 7.50, 5.95, **5.10**
Elderflanell schwere Ware per Meter 1.10, 0.97, **0.83**	**Frauenstrümpfe** reine Wolle. Paar 1.85, **1.55**
Nesselbesel 80 cm breit . . . . per Meter **0.33**	**Strickwolle** waschecht, nicht filzend, Lage **0.42**
Popeline reine Wolle, per Meter 2.75, 2.10, **1.95**	**Taschentücher** p. Stck. 0.28, 0.25, 0.18, 0.15, **0.05**

Hemdhaus
Reuschestraße 20/21

S. Guttentag, Breslau I

Altbüßerstraße 5, I., II. und III. Etage 10158

Erstes Spezialhaus für Herren- und Knaben-Bekleidung, fertig und nach Maß

verlängert seinen Inventur-Ausverkauf bis zum 16. Januar einschl.

20% Rabatt auf alle fertigen Waren 20%